

Allgemeine Oder-Zeitung.

Nr 237.

Breslau, Dienstag den 10. Oktober

1848.

An die Abonnenten der stenographirten Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin und Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 5-9. (455-459.) Bogen des 16. Abonnements von 30 Bogen: Berlin Bogen 204, 205. Frankf. Bogen 252-254.
Man beliebe baldigst darauf bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Amtliches.

Berlin, 8. Okt. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Major von Unruh, Gouverneur des Prinzen Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl, Königl. Hoheit, Sohn des Prinzen von Preußen, Königl. Hohel., den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub in Brillanten; so wie dem Geheimen Ober-Baurath Elsner, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Kreis-Physikus Dr. Wagner in Schlieben den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu verleihen.

Monats-Übersicht der preussischen Bank, gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.

- 1) Geprägtes Geld und Warren . . . 12,521,700 Rthl.
- 2) Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassenscheine . . . 2,709,900 =
- 3) Wechsel-Bestände . . . 11,726,300 =
- 4) Lombard-Bestände . . . 13,350,700 =
- 5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva . . . 12,785,800 =

Passiva.

- 6) Banknoten in Umlauf . . . 14,692,800 Rthl.
- 7) Depositen-Kapitalien . . . 19,130,300 =
- 8) Darlehn des Staats in Kassen-Anweisungen (nach Rückzahlung von 4,900,000 Rthl., cfr. § 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846) . . . 1,100,000 =
- 9) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs . . . 6,234,700 =

Berlin, den 30. September 1848.

Königl. preuß. Haupt-Bank-Direktorium.
(gez.) von Lamprecht. Witt. Reichenbach. Meyen.
Schmidt. Wohwod.

Das 44. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 3038. den Allerhöchsten Erlaß vom 3. Okt. d. J., betreffend die Entbindung des Ministeriums des Königlich-Hauses von der Bearbeitung der Thronlehens- und Standesachsen; und Nr. 3039. desgleichen vom 21. September d. J. mit dem Tarif zur Erhebung der Lippeschiffahrts-Abgaben von demselben Tage.

Berlin, den 8. Oktober 1848.

Gesefsammlungs-Debits-Comtoir.

Berlin, 7. Okt. Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte ist der General-Major von Brandt zum Commandeur der 1ten Infanterie-Brigade ernannt, doch soll derselbe seine bisherigen Funktionen als Unter-Staats-Secretair des Kriegs-Ministeriums einstweilen noch fortsetzen; der General-Major von Zentken, Inspecteur der 2. Artillerie-Inspection, beauftragt unter dem Kriegsminister, General der Infanterie v. Pfuel, die laufenden Geschäfte des Kriegs-Ministeriums zu besorgen, der Major Waffersleben, Adjutant bei der General-Inspection der Festungen etc., als Vorsteher der Ingenieur-Abtheilung des allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegs-Ministerium versetzt; der Major von der Armee, Göde, zum Vorsteher des Marine-Depots in Stettin; der Hauptmann von Pannwitz vom 28. Infanterie-Regiment, zum Major; der Hauptmann von Jalesky vom 35. Inf.-Reg. zum Major; der Hauptmann Graf Blumenthal, vom Kaiser Franz Grenadier-Regiment, zum Major; der Hauptmann von Brauchschik, aggr. demselben Regiment, zum Major, und bei der Landwehr der Hauptmann von der Landen, vom 3. Bataillon 4. Regiments, zum Führer des 2. Aufgebots ernannt und der Charakter als Major beigelegt worden. Ferner ist der General-Lieutenant Freiherr Roth von Schreckenstein, bisheriger Kriegs-Minister, unter Vorbehalt der Anweisung eines anderen Wirkungskreises, zur Disposition gestellt; dem Oberst-Lieutenant Hoffmann vom 1. Infanterie-Regiment, als Oberst, mit der Uniform des 11. Infanterie-Regiments; dem Hauptmann von Knobelsdorff vom Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, als Major, mit der Regiments-Uniform mit den vorschrittmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension; dem Hauptmann Schmölber vom 27. Infanterie-Regiment, als Major, mit der Regiments-Uniform mit den vorschrittmäßigen Abzeichen für Verabschiedete, Aussicht auf Elbiv-Versorgung und Pension der Abschied bewilligt worden.

Dasselbe Blatt enthält das Verzeichnis sämtlicher am 18. September d. J. in Frankfurt a. M. gefallen, in Folge von Verwundungen inwischen gestorbenen und verwundeten Officiere, Unterofficiere und Soldaten, so wie unter andern Verordnungen die Mittheilung des Kriegs-Ministeriums an sämtliche Königl. General-Commandos, nach welcher mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre den Land-Gen darmen, so wie den Leib- und Arme-Gen darmen nach 25jähriger vorwurfsfreier Dienstzeit das Tragen des silbernen Vorteeß am Officier-Säbel gestattet ist.

Berlin, 9. Okt. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. Schwab zu Sagan, im Regierungsbezirk Liegnitz, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem berittenen Gendarmen Hierahn zu Bahn im Kreise Greifenhagen das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Handlungs-Commissar E. W. Ahlemann in Berlin und dem Gymnasial-

Wilhelm Groppe in Arnberg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen. Der Justiz-Commissarius Schwalbe zu Elrich ist in gleicher Eigenschaft an das Land- und Stadtgericht zu Quedlinburg, unter Beibehaltung des Notariats, versetzt worden.

Amtliche Erklärung.

Unter Hinweisung auf einen Artikel in der zweiten Beilage zu Nr. 231 der Allgemeinen Oder-Zeitung, welcher an seiner Stille das Wort „Mordthat“ führt und unter Hinweisung auf einen Artikel in der ersten Beilage zu Nr. 233 der Schlesischen Zeitung mit der Ueberschrift „Ein Mordthat“ versichert die unterzeichnete Behörde zur Steuer der Wahrheit:

daß sich weder bei der unverzüglichen und genauesten Nachforschung ihrer Seite noch — nach vorliegender amtlicher Auskunft — bei der bisherigen gerichtlichen Untersuchung ein Grund herausgestellt hat zu dem Verdachte: die Tödtung des Tischlergesellen Carl Reuschner am 1. d. Mts. sei durch einen Soldaten verübt worden.
Breslau, den 7. October 1848.

Königliches Gouvenement.

Preußen.

Berlin. [National-Versammlung. Sitzung vom 7. Oct.] Grabow präsidiert. Das Protokoll wird verlesen und ein dissentirendes Votum der Linken in Betreff der Abstimmung über die Dringlichkeit der Waldeck'schen Interpellation mitgetheilt. Die Linke spricht darin aus, daß der Reichs-Justizminister Mohl durch sein Rundschreiben an die Landesregierungen vom 24. September seine Befugnis offenbar überschritten habe und daß daher die Aufnahme dieses reichsministeriellen Erlasses in den amtlichen Theil des Preussischen Staats-Anzeigers bedenklich erscheine *). — Nachdem demnach verschiedene Urlaubsgesuche bewilligt worden, stellen die Abgeordneten Dörr, Köppen und Schulz (Delitzsch) folgenden dringenden Antrag vor der Tagesordnung: „die hohe Versammlung wolle beschließen:

1. daß folgender Gesefsvorschlag:
 - 1) die Vorschriften der §§ 151-155 incl. im XX. Tit. im I. Th. des allgemeinen Landrechts und die darauf Bezug habenden neueren Verordnungen, so weit sie noch gültig sind, werden außer Kraft gesetzt.
 - 2) die in Folge dieser gesetzlichen Bestimmungen erkannten Strafen werden mit Einschluß der Untersuchungskosten erlassen;
 - 3) die nach denselben Vorschriften eingeleiteten Untersuchungen werden aufgehoben —

sofort an die für Justizreform und Gesefgebung bestehende besondere Commission zur schleunigsten Beratung und Berichterstattung überwiesen werden. II. Daß der demnach zu erwartende Bericht unmittelbar nach den allerdringendsten Gesefsvorlagen zur Beratung gezogen werden soll. — Dem Antrage ist von der Prioritäts-Commission die Priorität eingeräumt worden. Dörr motivirt die Dringlichkeit, die von der Versammlung auch anerkannt wird. Der Antrag wird ohne weitere Discussion genehmigt. Justizminister Rösler bemerkt: daß auch er überzeugt sei von der Nothwendigkeit der Aufhebung der angeführten Gesefstellen, es erscheine ihm aber eben so nothwendig, an die Stelle dieser §§ andere zu setzen. Die Regierung sei mit einer Gesefsbearbeitung auch schon beschäftigt. — Der Präsident bemerkt: daß er, wenn die Vorlage in Kürze eingehe, er dieselbe der betreffenden Fachcommission mit überweisen werde.

Von der Prioritäts-Commission ist noch der Vorrang vor der Tagesordnung dem folgenden Antrage von Arnk und Phillips gewährt: „die Nationalversammlung wolle beschließen, daß der Herr Finanzminister vor dem 1. Dezember d. J. der Nationalversammlung den detaillirten Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1849 vorlege.“ — Finanzminister v. Bonin erklärt, daß ihm der Antrag erst gestern Abend spät zugekommen und er nicht mehr im Stande gewesen sei, sich gehörig zu informieren. Er bitte deshalb, den Antrag auf die Tagesordnung in der nächsten Woche zu setzen, bei welcher er die Krause'sche Interpellation wegen Reformen im Finanzwesen zu beantworten habe. Da kein Widerspruch erfolgt, bemerkt der Präsident, daß er den

*) Der Kammer scheint noch nicht bekannt gewesen zu sein, daß unser Ministerium sich dem Ansuchen des Herrn Robert Mohl dienstefertigst gefügt hat, wie das Circulaire, welches wir in der letzten Nummer d. J. mittheilten, beweist.

Am. d. Red.

Antrag künftigen Mittwoch auf die Tagesordnung setzen werde.

Von Behnisch und 103 andern Mitgliedern, insgesammt der entschiedenen Linken angehörig, ist folgender von der Prioritäts-Commission für dringend erachteter Antrag eingegangen: „die hohe Versammlung wolle beschließen: daß das Staatsministerium ersucht werde, eine allgemeine Amnestie für die in Folge der Märzrevolution begangenen politischen Verbrechen und Preßvergehen bei Sr. Majestät in Antrag zu bringen.“ — Behnisch motivirt die Dringlichkeit seines Antrags, indem er auf die im Kerker schmachtenden hinweist, auf das Unglück unzähliger Familien aufmerksam macht, das entstanden aus einem unüberlegten Worte, einer unbesonnenen Handlung, deren Motiv meist ein edles. Man möge der unglücklichen Polen gedenken, die wegen ihrer nationalen Begeisterung in Ketten saßen, man möge erwägen, daß der Erfolg allein das politische Verbrechen berge. Hätten die Barrikadenkämpfer im März nicht gestiegen, so wären sie Verbrecher und keine Helden und säßen wir trotzdem hier, so könnten wir nichts Anderes thun, als auch für sie Amnestie beantragen. Der Redner nimmt noch auf die Rede des früheren Justizministers Märker vom 23. Juli Bezug, worin Seltens des damaligen Ministeriums eine umfassende Amnestie für die Polen verheißt wurde. — Reichel spricht gegen die Dringlichkeit des Antrags: die Zustände seien noch nicht geordnet, Ruhe und Ordnung seien noch nicht zurückgeführt. Wenn das Verfassungswerk beendet, dann sei vielleicht die Zeit einer Amnestie. Otto (Trier) für die Dringlichkeit, indem er auf die anerkannte Revolution hinweist und die Vorfälle in Trier als unüberlegte, mehr durch eine grundlose Furcht erzeugte Handlungen schildert. Die Verbrecher von Trier sollten jetzt, da der Hofen Hof an der Unparteilichkeit der Trierer Geschwornen zweifle, weil Alle für oder gegen im Voraus eingenommen, nach Eöln transportirt werden, um dort über sich Gericht halten zu lassen. Dies werde auch Aufregung erzeugen und in Eöln würden wahrscheinlich solche Leute zu Gericht sitzen, die sich an der von Herrn Haub erwähnten Adresse betheilig haben. v. Berg spricht sein Bedauern aus, wenn er, kämpfend mit den widersprechendsten Gefühlen, sich doch gegen die Dringlichkeit entscheiden müsse. Das Gnadenrecht sei der schönste Edelstein der Krone, es ist das ein Kleinod, was die Krone aus dem alten Systeme herübergerettet hat. Die Ausübung dieses Rechts darf ihr nicht verringert werden. Wenn wir aber eine Amnestie beschließen, so muß dieselbe ausgeführt werden, weil gegen die Beschlüsse der constitutionellen Versammlung nichts einzuwenden werden darf. — Elsner, indem er bemerkt, daß die beiden Herren, welche gegen den Antrag gesprochen, Geistliche seien, müsse er Hrn. v. Berg Sophismen zur Last legen. Es sei nicht von einem Beschlusse einer Amnestie die Rede, sondern davon, das Ministerium aufzufordern, eine Amnestie bei Sr. Maj. zu beantragen. v. Berg sieht in dem Ausspruche des Hrn. Elsner Sophismus, nicht in dem seinen. Schramm spricht für die Dringlichkeit, indem er mehrmals die Redner, welche bis jetzt gegen die Dringlichkeit gesprochen, die „beiden Geistlichen“ nennt. Es existirt die Freiheit und der Redner wird vom Präsidenten aufmerksam gemacht, daß dies keine passende Bezeichnung sei. v. Berg erklärt, daß er sich nur geehrt fühlen könne durch jene Bezeichnung. — Justizminister Rösler bemerkt, daß im Staatsministerium eine Amnestie für die posener Gefangenen, so wie auch für die Trierer vorbereitet werde, eine allgemeine Amnestie dürfte wohl im Augenblick nicht am Platze sein. — Pinoff spricht für die Dringlichkeit, indem er darauf hinweist, daß man sich noch inmitten der Wölkung der Revolution befinde. — Dunder gegen die Dringlichkeit. Es ist auf Schluß angetragen, Ostermann spricht für, Schulz (Rindben) gegen den Schluß. Der Letztere will auch an das Gefühl appelliren, aber er will Gefühl für das Land, nicht für einige unglückliche Familien. Bis wieder Ruhe hergestellt, ist er gegen eine Amnestie. Der Schluß der Diskussion wird beliebt und die Dringlichkeit nicht anerkannt. Für die Dringlichkeit stimmen außer der entschiedenen Linken nur einzelne Mitglieder der Fractionen Rodbertus und v. Berg, wie Weichsel, Potzkywinski, Bucher u. s. w. Behnisch empfiehlt hierauf seinen Antrag dem Staatsministerium. Pieper nimmt zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Er erzählt unter großer Heiterkeit der Versammlung, wie ihm von einem „Gendarm“, dem Hrn. v. Damuth, der auf der Zuhörerbühne sei, gestern 2000 Thlr. geboten worden, wenn er sein Mandat niederlege. Das sei eine Schmach, ihm solle Niemand wieder mit so etwas

kommen. Herr Pieper beschwert sich noch, daß die Zeitungen seine Reden nicht ausführlich genug wiedergaben. Nachdem sich die Versammlung von dem Lachen wieder etwas beruhigt hat, geht man zur Tagesordnung über.

Gräff beginnt mit einem Resumé über die bisherigen Diskussionen über die allgemeinen Prinzipien, welche bei Verathung des vorliegenden Jagdgesetzesentwurfs statthaben. Es sprechen Sommer und v. Daniels über § 1 des Entwurfs. Daniels will anstatt § 1 des Entwurfs gesetzt haben: »Jagdrechte auf fremdem Boden können gegen eine Kapitalentschädigung abgelöst werden, welche den Betrag von 2 Sgr. für den Morgen nicht übersteigen darf. Die Ablösung muß für den ganzen Jagdbezirk erfolgen, wenn nur einer der betroffenen Eigenthümer darauf anträgt. Der Betrag der Entschädigung ist durch besondere aus Wahl der sämmtlichen Grundbesitzer hervorgegangenen Commissionen Kreisweise gleichförmig festzusetzen.« — Vornemann: Ich stimme für den § 1, vom dem der § 2 eine Consequenz zieht; ich habe besondere Gründe, mich für den ersten § zu entscheiden. Mit einer sofortigen Aufhebung des Jagdrechts ist eine Ablösung unvereinbar, ein Aequivalent für das Jagdrecht ist auch nicht zu finden, das beweisen gerade Amendements, wie das v. Danielsche. Zu dem, was der geehrte Abg. Waldeck gestern schon über Westphalen angeführt hat, bemerke ich nur noch, daß das Gouvernement das Jagdrecht in Westphalen wieder eingeführt, als der Landsturm eingezogen wurde und als damit die durch das französische Gesetz, welches für das Tragen von Waffen eine Steuer forderte, existirende Beschränkung des Gebrauchs von Schießgewehren und die Beschränkung des ganz allgemeinen Jagdrechts aufgehoben war. Das Gouvernement gab provisorisch, um dem abzuwehren, den frühern Jagdberechtigten die Jagd wieder und so ist es geblieben. Was den Ausfall, den die Staatskasse erleidet, betrifft, so wird derselbe aufgehoben durch die durch das Gesetz zu erzeugenden volkswirtschaftlichen Vortheile. (Beifall.) Baumstark erkennt alle die Uebelstände, Nachtheile und Unsittlichkeiten, welche die Ausübung des Jagdrechts mit sich führe, an. Allein er kann sich nicht überzeugen, daß das Jagdrecht feudalistischer Natur sei. Auch »der berühmte Rechtsgelehrte«, der vor ihm gesprochen, habe nicht Rechtsgründe, sondern nur politische Gründe vorgebracht. — Justizminister Ricker: Von meinem Standpunkt kann ich nur die Rechtsfrage ins Auge fassen. Wenn ein Redner gesagt hat, die Versammlung sei eine constituirende und habe deshalb den Rechtspunkt nicht zu beachten, so übersieht derselbe, daß es sich hier um Verathung einer bestimmten Gesetzesvorlage handelt. Macht man andererseits neben dem Rechtspunkt auch ein politisches Prinzip geltend, so liegt eben die Vermittelung in einer mäßigen Entschädigung. Geht man mit der Centralabtheilung davon aus, daß das Jagdrecht feudaler Natur sei, so muß man in allen Fällen, wo dasselbe durch lästige Verträge erworben ist, einen Grund für die Entschädigung anerkennen. Eventuell muß ich deshalb die aus dieser Auffassung hervorgegangenen Amendements empfehlen. Hanow macht darauf aufmerksam, daß vor wenigen Monaten auch alle Berechtigten von einer Aufhebung des Jagdrechts ohne alle Entschädigung gesprochen haben. Wollte man eine Entschädigung aussetzen, so sei keine Unterscheidung gerechtfertigt. Es sei dann gleichgültig, ob das Recht vor kürzerer oder längerer Zeit erworben sei. Nur eine Auffassung des Jagdrechts sei berechtigt, die, welche dasselbe aus dem Staate von Ehemal ansehe. Die Versammlung sei berufen, einen neuen Staat zu gründen, und das freie Eigenthumsrecht müsse dessen Grundlage bilden im Gegensatz zu dem Herrenreichtum des Staates von Ehemal. Bei einer solchen Auffassung könne auch von Eingriffen in das Privateigenthum keine Rede sein, ein Vorwurf, gegen den er sich verwahren müsse. Der Redner erklärt sich im Allgemeinen für das Amendement Vornemann. — Nach einer thatsächlichen Bemerkung von Kiemeyer und einem längeren wegen Unruhe in der Versammlung und der leisen Aussprache des Redners ganz unverständlichen Vortrage von Althaus gegen unentgeltliche Aufhebung wird der Schluß der Debatte beantragt. Ueber 20 Redner sind noch eingeschrieben. Von Auerwald (Frankfurt) gegen den Schluß, weil einzelne Materialien in dieser wichtigen Sache so gut wie noch gar nicht zur Sprache gekommen seien. Auch dieser Redner bezeichnet das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden als ein für die Landeskultur und den Frieden zwischen einzelnen Klassen des Volks gemeinschädliches Institut, doch ist er für Ablösung gegen Entgelt. Weichsel spricht für den Schluß. Die Majorität entscheidet sich für diesen. Nachdem noch der Berichterstatter sich gegen das Amendement Schulz (Delitzsch) erklärt hat, wird ein neues Amendement von v. Kirchmann verlesen und unterstützt. Es lautet: »Dasjenige, was erweislich an den Eigenthümer vertragweise gegeben ist, muß, insofern der Eigenthümer der Vertragsschließende oder dessen Erbe ist, zurückgewährt werden.« Zachariä zieht sein Amendement zurück und vereinigt sich mit dem Amendement v. Kirchmann. Nach längerer Debatte über die Fragestellung wird zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten, welcher von Schulz (Wanzleben), Stein, v. Meusebach und Kette beantragt ist. Die über den Vorschlag der Centralabtheilung hinausgehenden Anträge von Schulz (Delitzsch): »Jeder Grundeigenthümer hat das ausschließliche Jagdrecht auf seinem Grund und Boden,« von Vogelssang (welcher auch das Recht zur Fischelei ohne Entschädigung aufgehoben wissen will), und von Schulze (Minden), der Jagdrecht und Fischeleigerechtigkeit nie wie-

der zu constituiren gestattet, werden verworfen. § 1. Alinea 1 des Commissionentwurfs: »Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben,« wird mit 271 gegen 69 Stimmen angenommen, wobei jedoch die Annahme der für Ausnahmefälle eine Entschädigung bewilligenden Amendements vorbehalten bleibt. Die Amendements kommen, da auch für sie auf namentliche Abstimmung angetragen ist, erst Montag zur Abstimmung. Für Alinea 1 des § 1 stimmten u. A. Vornemann, Märker, Reichensperger, Zachariä, Jonas (Berlin), dagegen Baumstark, Grabow, Jonas (Potsdam); Auerwald 1 und 11 fehlten bei der Abstimmung. (Schluß der Sitzung 2 Uhr.)

[Tagesbericht vom 7. Oct.] Ein Gerücht, das schon vor längerer Zeit einmal Tagesgespräch war, ist jetzt von Neuem aufgetaucht. Und ist die Wiederholung desselben aus einer Quelle zugegangen, deren Lauterkeit und jeden Zweifel an der Begründung ausschließt. Es sollen alles Ernstes diplomatische Unterhandlungen schweben, welche die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen unter der Bedingung einer Theilung der preussischen Monarchie in drei von einander völlig zu sondernden Dynastien bezwecken. Die Theilung wird in der Weise projectirt, daß Pommern, Preußen und Posen dem Prinzen von Preußen und Rheinland und Westphalen dem Sohne des Prinzen Carl als getrennte Königreiche überlassen werden sollen. Die übrigen Provinzen bleiben als Königreich Preußen unter dem gegenwärtigen Könige vereinigt, der mit dieser verminderten Macht im Besitz der deutschen Kaiserkrone den übrigen Staaten Deutschlands geringere Beforgnisse einflößen würde, als sich bei Gelegenheit der bisherigen Verhandlungen kund gegeben haben. Wir müssen zwar Jedem überlassen, hier von so viel oder so wenig er will, zu glauben, wir wiederholen indeß die völlige Glaubwürdigkeit unserer Quelle.

Auf den 27. Oct. ist der Zusammentritt der Dispositionsmitglieder der verschiedenen constituirenden Versammlungen Deutschlands hier in Berlin zur vorläufigen Verathung der Schritte wegen der Constituirung eines neuen deutschen Parlaments angesetzt. Die Conferenz wird drei Tage dauern.

Zur festlichen Begehung des Geburtstags unseres Königs wird ein allgemeines Versöhnungsfest projectirt. Ein »Verein freiconstitutionell gesinnter, treuer Bürgerwehrmänner in Berlin und Charlottenburg« ladet zu einer vorläufigen Verathung ein. Das veröffentlichte Programm schlägt eine Versöhnungsfeier in allen Kirchen, Einzug der Garderegimenter von Schleswig-Holstein, Militär- und Bürgerwehrparade vor dem General v. Wrangel (ol), Concerte im Freien, Militärmusikfeste zum Besten der deutschen Flotte und Erleuchtung aller Privathäuser in und um Berlin vor.

Auf die an die Bürgerwehr gerichtete Anfrage wegen Ueberweisung aller Wachen, mit Ausnahme der Schloßwache, an das Militär hat die Schützengilde sich ablehnend geäußert. Sie erklärt, die in der Besetzung der Wachen liegende Garantie nicht früher aus der Hand geben zu wollen, als bis alle Verheißungen erfüllt und die Freiheit eine Wahrheit geworden, bis insbesondere die Verfassung emanirt und das Militär darauf verzichtet sei. In der hierüber durch Maueraufschlag veröffentlichten Erklärung verlangt die Schützengilde zugleich ein freisinniges Bürgerwehrgesetz, das den Bürger nicht zum Trainfolgenden herabwürdiget.

Die seit dem März ganz in den Hintergrund getretene früher so häufig laut gewordene Klage über Nepotismus in den höheren Beamtenkreisen beginnt seit Kurzem sich auf auffällige Weise geltend zu machen. Dem gegenwärtigen Justizminister wird ein Favoritismus seiner Verwandten zum Vorwurf gemacht, und von Herrn Eichmann wird es unangemessen gefunden, daß derselbe seinen Sohn in das Ministerium gezogen hat.

Es ist vielfach von Agitationen die Rede, welche zum Zweck haben, Herrn v. Bülow-Cummerow in die Nationalversammlung zu bringen. Sogar von Geldanbietungen, welche einzelnen Mitgliebern gemacht sein sollen, um sie im Interesse des Herrn v. Bülow zu einer Rückgabe ihres Mandats zu bewegen. Die Thatsache, welche der Abgeordnete für Fischhausen, Schlächtermeister Pieper in der heutigen Sitzung unter Nennung eines Herrn v. Dammich auf der Tribüne vorbrachte, bringt man mit diesen Agitationen in Verbindung. (Lith. Corr.)

[Die Linke und die bauerlichen Verhältnisse.] Die Linke tritt in Betreff der bauerlichen Verhältnisse mit einem außerordentlichen Bericht klar und offen hervor und schlägt damit alle hämischen Verdächtigungen der Gegenpartei. Daß es an diesen nicht fehlt, zeigt eine Berliner Correspondenz der Schlesischen Zeitung, die unverkennbar, wenn auch nicht der Feder, doch den Einflüsterungen des Herrn Milde entsprungen ist. Wir heben nur folgende Stellen hervor: »Während diese Partei (die Linke) mit dem Grundbesitzerverein der Bülow-Cummerow und Consorten, durch ihre Mitglieder, Graf Reichenbach und Dr. Jacoby, zum Sturz des eben abgetretenen Ministeriums in Unterhandlung trat und Coalition bildete — eine plumpe Unwahrheit, die durch Nichts motivirt ist — wußte sie die bauerlichen Abgeordneten durch Verheißungen zu ködern, die mit den Nationalverhältnissen der französischen provisorischen Regierung ungefähr auf einer Linie stehen.« Wirklich? Die Aufhebung von Privilegien, die Decennien lang schwer auf

dem Landmann, auf der eigentlich producirenden Klasse der Gesellschaft lasteten, soll auf einer Linie stehen mit dem phantastischen Kartenhaus eines socialen Faisseurs? Diejenigen, welche engherzig und eigensüchtig genug sind, ihre Vorrechte nicht auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, sollten bedenken, daß gerade sie das Eigenthum in Frage stellen, daß ihr Rechtsboden sich aus den Konsequenzen des Faustrechts datirt. Wenn sie ihr Vorrecht Eigenthum nennen, nun, dann sagen sie mit Proudhon: la propriété c'est le vol. Das Eigenthum ist Diebstahl. Alle gutsherrlichen Auflagen und Steuern, welche wie Würmer sich von der Frucht des Fleißes füttern, sind ein Hohn gegen das Eigenthumsrecht, der wie eine finstere Ruine noch mitten in den klaren Tag der Neuzeit hereinragt. Die aufrührerischen Bauern stehen auf demselben Rechtsboden, auf dem die hohen Ahnherrn oder früheren Besitzer der Rittergüter standen, auf dem Boden der Gewalt. Aber diese Gewalt ist erst hervorgerufen durch den Druck der Gewalt, durch den Druck des Vorrechtes, ja sie wäre zu rechtfertigen durch den römischen Rechtsgrundsatz: »Nimm dein Eigenthum, wo du es findest,« wenn dies nur auf dem Wege der Gewalt zum rechten Besitzer käme. Es ist keine Frage, daß in der Concurrenz des Bauern mit dem Gutsherrn der Letztere ohne solche Vorrechte leicht den Kürzeren zieht, da der Landmann mit seiner Arbeitskraft und der seiner Familie arbeitet, jener aber Alles dies durch Betriebskosten ersetzen muß. Ist es aber der adeligen Gutsherrn würdig, vom Unrecht zu leben, weil dies historisch geworden, vom Fleiß des Landmanns zu leben, durch die Jagd seinen Acker zu verwüsten, weil er sonst seine mannigfaltigeren Bedürfnisse einschränken müßte? Soll eine constituirende Versammlung nicht das Recht haben, nach dem Sturze der despotischen Staatsgewalt auch das Unrecht der kleinen Tyrannen zu tilgen? Sollen diese noch dafür entschädigt werden, daß sie den Rechtstitel auf ein Unrecht aufgeben, von dem sie und ihre Vorfahren einen Mißbrauch gemacht haben, der die wichtigste Klasse der Gesellschaft schwer bedrückte? Der Correspondent der Schlesischen Zeitung charakterisirt selbst das gefährliche Spiel, das jetzt noch mit der Aufrechterhaltung verrotteter Rechtstitel getrieben wird, aber schiebt es der Gegenwart in die Schuhe. Ja gewiß; die Ablösung bäuerlicher Lasten wird, wie Brennus eisernes Schwert, in die Waagschale der Partei Risquons-tout geworfen. Es fragt sich nur, ob die Bauern standhaft wie Römer sind, und ob ihre Bedrücker einen geeigneten Brennus finden. Wenn sich diese Partei jetzt schon weigert ein Interimistum eintreten zu lassen, und die schwebenden Prozesse in einer schwebenden Frage zu sistiren, so möchte ihr das Risquons-tout theuer genug zu stehen kommen. Der außerordentliche Bericht der Linken appellirt an das Gerechtigkeitsgefühl jener Partei und zeigt, wie gering die Anforderung ihrer Anträge gegenüber dem aufgehäuften Unrecht eines halben Jahrhunderts ist. (Reform.)

[Polizeiliche Instruction, betr. das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit.] Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 24. September c. hat hier in Berlin mit dem heutigen Tage (6. October) Gesetzeskraft erlangt. Unser Polizeipräsident Herr von Bardeleben hat die ihm untergebenen betretenden Beamten noch besonders zur genauen und pünktlichen Befolgung der Bestimmungen dieses Gesetzes angewiesen und ihnen zur Vermeidung jeden Verstoßes gegen dasselbe eine ausführliche Instruction ertheilt. Diese Instruction lautet folgendermaßen:

»Da das Gesetz vom 24. v. M., betreffend den Schutz der persönlichen Freiheit, bestimmte Normen aufstellt, unter welchen allein in Zukunft die Verhaftung von Personen ausgeführt werden kann, so werden zur Vermeidung jedes Verstoßes sämtliche executive Beamte, namentlich auch die Schutzmänner, auf die nachstehende Zusammenstellung der in jenem Gesetze enthaltenen Vorschriften aufmerksam gemacht.

In dem Gesetze wird als Hauptgrundsatz aufgestellt, daß eine Verhaftung nur erfolgen kann:

1) auf Grund eines schriftlichen richterlichen Befehls, welcher die Beschuldigung und den Beschuldigten bestimmt bezeichnet.

Daß der Beamte, welcher die Verhaftung ausführt, den richterlichen Befehl zur Hand hat, ist nicht nöthig, da es nach dem Gesetze genügt, wenn derselbe dem Beschuldigten innerhalb 24 Stunden nach der Verhaftung zugestellt wird.

2) Im Fall der Ergreifung auf frischer That. Unter Ergreifung des Thäters auf frischer That, sei es durch einen Beamten oder durch das Publikum, ist zu verstehen:

a) Bei Ausübung der strafbaren Handlung und b) gleich nach derselben.

Eine ershöpfende Erklärung der letzten Worte läßt sich nicht geben. Die That soll nur eben vorüber sein, wenn der Thäter, welcher betroffen wird, ohne Weiteres soll verhaftet werden können. Es muß Alles dem freien Ermessen im einzelnen Falle überlassen bleiben. Bedenklich wird es z. B. nicht sein, einen Dieb festzunehmen, wenn er beim Verlassen des Hauses, wo er gestohlen hat, betroffen wird, oder in der Nähe desselben sich noch befindet.

Der Ergreifung auf frischer That (wo es also des richterlichen Befehls nicht bedarf) stellt das Gesetz diejenigen Fälle gleich, wo Jemand

1) durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet wird. Unter »öffentlicher Stimme« ist hier nicht das Nachrufen hinter einem flüchtigen Verbrecher zu verstehen, sondern die allgemeine Meinung, welche Jemanden als den Thäter bezeichnet.

2) Wo Jemand auf der Flucht ergriffen wird.

3) Wo Jemand kurz nach der That im Besitz von Gegenständen sich befindet, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer einer strafbaren Handlung verächtlich machen, z. B. im Besitz von Waffen bei vorgeschrittenen Verletzungen oder Tödtungen, im Besitz der gestohlenen Effecten u. s. w.

Die vorstehenden Bestimmungen beziehen sich auf die Verhaftung von Personen, welche Verbrechen verübt haben. Das Gesetz erkennt nun aber auch Verhaftungen an, denen kein eigentliches Verbrechen zum Grunde liegt, und welche ohne richterlichen

Befehl ausgeführt werden können. Dahin werden gezählt Verhaftungen von

- 1) Personen, welche zu ihrem Schutz in Verwahrung genommen werden, z. B. Obdachlose, welche sich zum Arrest melden, Betrunkene, Kranke, Personen, welche durch Andere bedroht worden, wenn die Angreifer selbst nicht sogleich können beseitigt werden u. s. w.
- 2) Arrestirung von Personen, welche auf der Straße und an öffentlichen Orten entweder die Ruhe stören, oder die Sittlichkeit verletzen (z. B. lächerliche Pirnen, Männer, welche öffentlich Unsitlichkeiten verüben), oder die Sicherheit gefährden, z. B. Bettler, Landstreicher, obdachlose Herumtreiber, Personen, welche gemeingefährliche Handlungen unternehmen u.

Strafungen zum Zweck von Vernehmung können auch fernhin ohne Weiteres ausgeführt werden.

Das Gesetz vom 24. September c. behandelt ferner das Hausrecht, und bestimmt darüber, daß Niemand (also auch kein Beamter) bei Nacht in Jemandes Wohnung dringen darf, außer in Fällen einer Feuers- oder Wassernoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Ansehens.

Die Nachtzeit wird gerechnet:

für die Zeit vom 1.sten Oktober bis 31.sten März während der Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, für die Zeit vom 1. April bis 30. September während der Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens.

Wenn also auch ein richterlicher Befehl vorliegt, oder wenn auch sonst ein Grund zur Verhaftung vorhanden wäre, z. B. es verübt Jemand bei Nacht vor seinem Hause ein Verbrechen und eilt in dasselbe hinein, so dürfte, obgleich er so eben die That verübt hat, in seine Wohnung nicht eingedrungen werden, selbst wenn der Hausherr es gefast hätte, daß man sein Haus betritt.

Das Gesetz nimmt jedoch diejenigen Orte aus, welche als Schlafwinkel des Hazardspiels und der Ausschweifungen oder als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern durch den gemeinen Ruf bezeichnet werden.

In solche Orte und Wohnungen kann also der Beamte auch bei Nacht eindringen, ebenso da, wo während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird, jedoch in letztere Orte nur so lange, als dieselben dem Publikum geöffnet sind.

Bei Tage kann auch wider den Willen des Hausherrn der Beamte, welcher sich durch seine Uniform oder sonst zu legitimiren im Stande ist, oder einen schriftlichen Auftrag hat, ein Haus zum Zweck der Ausübung einer amtlichen Handlung betreten.

Endlich spricht auch das Gesetz von Hausdurchsuchungen und bestimmt darüber, daß sie nur unter Zustimmung des Angeklagten, oder falls diese unmöglich, der Hausgenossen, ausgeführt werden können. Uebrigens ist, sofern nicht ein richterlicher Beamter die Hausdurchsuchung leitet, die Zuziehung eines Revier- oder Kriminal-Polizei-Kommissarius erforderlich.

Das Gesetz vom 24. September c. bezeichnet auch die Fristen, innerhalb deren die Vorführung eines Gefangenen vor den Richter veranlaßt werden muß und in welchen auch derselbe vom Richter so vernommen werden soll, daß ihm die Anschuldigungsgründe mitgetheilt werden und ihm die Möglichkeit zur Aufklärung eines Mißverständnisses gegeben wird. Letzteres steht voraus, daß gleich bei der Verhaftung die Hauptmomente der strafbaren Handlung und die Gründe der Arrestirung in dem Arrestzettel angegeben werden. Damit nun dieses Erforderniß nicht verabsäumt werde, so wird in allen Bureau's der Revier-Polizei, in den Wachen der Schutzmannschaft, sowie in der Ordonanzstube des Polizei-Präsidenten eine Anzahl von gedruckten Formularen und Arrestzetteln, welche bei jeder Verhaftung zu benutzen sind, niedergelegt werden.

Das Gesetz vom 24. September c. hat mit dem 6. d. M. Gesetzeskraft.

Berlin, den 4. Oktober 1848.

Königliches Polizei-Präsident.
v. Bardeleben

Δ [Uebersicht der Justizkommissarien und Notarien.] Bei den preussischen Gerichtshöfen sind mit Ausnahme der Rheinprovinz im Ganzen 1231 Justizkommissarien und Notarien, nämlich 240 bei den Obergerichten und 991 bei den Untergerichten angestellt. Von den Obergerichts-Justizkommissarien fungiren 13 beim Obergerichtshof, 22 in der Provinz Preußen (10 in Königsberg, 7 in Marienwerder und 5 in Insterburg), 29 in der Provinz Posen (21 in Posen und 8 in Bromberg), 35 in Schlesien (17 in Breslau, 10 in Ratibor und 8 in Glogau), 48 in Pommern (13 in Stettin, 9 in Coblen und 26 in Greifswald), 35 in der Provinz Brandenburg (23 beim Kammergericht und 12 in Frankfurt), 24 in der Provinz Sachsen (12 in Naumburg, 8 in Magdeburg und 4 in Halberstadt), 34 in Westphalen und dem Rheine (9 in Münster, 7 in Arnberg, 6 in Paderborn, 5 in Hamm und 7 in Ehrenbreitstein).

Die meisten sind also außer dem Appellationsgericht in Greifswald, wo früher freie Advokatur stattfand, beim Kammergericht (23), beim Obergericht in Posen (21) und beim Oberlandesgericht in Breslau (17), die wenigsten in Halberstadt (4), Hamm und Insterburg (5). — Von den Untergerichts-Justizkommissarien sind 115 in der Provinz Preußen (56 im Departement Marienwerder, 31 in Königsberg und 28 in Insterburg), 79 in der Provinz Posen (im Departement des Oberlandesgerichts zu Posen und 24 in Bromberg), 143 in Schlesien (70 im Departement Breslau, 37 in Ratibor und 36 in Glogau), 87 in Pommern (32 im Departement Stettin, 16 in Coblen und 39 in Greifswald), 134 in der Provinz Brandenburg (72 im Departement des Kammergerichts und 62 in Frankfurt), 194 in der Provinz Sachsen (105 im Departement Naumburg, 45 in Magdeburg und 44 in Halberstadt), 239 in Westphalen und Rheine (75 im Departement

Hamm, 62 in Münster, 51 in Paderborn, 40 in Arnberg und 11 in Ehrenbreitstein).

Die meisten sind also im Departement der Oberlandesgerichte zu Naumburg (105), Hamm (75) und des Kammergerichts (72), die wenigsten im Departement der Oberlandesgerichte zu Coblen (16), Bromberg (24) und Insterburg (28).

Die Gesamtzahl der rheinischen Advokaten beträgt 148 und der rheinischen Notarien 237.

*** Berlin, 7. Oktober. [Parlamentarisches Volksstimmen.] Die heutigen Beschlüsse der Nationalversammlung sind nicht ohne Interesse. Zuerst wurde die Abschaffung der §§ 151—155, Tit. 20, Thl. II. Allg. Landr., welche von der Erregung des Mißbegriffes gegen die Regierung handeln, allgemein als dringlich anerkannt.

Früher, wo dieselbe Sache zur Sprache kam, war die Majorität immer dagegen gewesen. Also eine Besserung. Ich kann Ihnen übrigens mittheilen, daß Morgen die Verfassungskommission zusammentritt, um die seit vielen Wochen fertigen Gesetzentwürfe über die Presse und das Staatsbürgerrecht zur Vorlage vorzubereiten, was diejenigen Mitglieder der Commission, welche der rechten Seite angehören, bisher unter allerlei Vorwänden immer zu verhindern gesucht haben. Ein anderer Beschluß der Versammlung war weniger erfreulich. Der Abgeordnete Behnisch hatte in Gemeinschaft mit vielen andern Abgeordneten der linken Seite den Antrag gestellt, das Ministerium möge ersucht werden, eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen und Preßvergehen bei Sr. Majestät zu beantragen. Bei der Debatte über die Dringlichkeit sprach die Rechte überhaupt gegen jede Amnestie vor Beendigung der Verfassung, die Centren aber, sowohl die Unruhige als Abwehrische Fraktion, lehnten aus dem Grunde die Unterstreichung ab, weil man der Krone die Initiative bei einer Amnestie überlassen müsse; der Antrag fiel, nachdem das Ministerium die Amnestie für die Polen und die Barrikadenkämpfer in Trier in Aussicht gestellt hatte. Endlich wurde heute mit großer Majorität die Aufhebung der Jagdberechtigung auf freiem Grund und Boden ohne Entschädigung ausgesprochen. Die Mitglieder der Rechten stimmten meistens gleichfalls, aber sehr kleinlaut mit Ja; man hat ihre Sinnesänderung hauptsächlich dem Aufstreben des Abgeordneten und Eminenten Bornemann zu danken, welcher sich entschieden in dem Sinne der Linken äußerte. Herr Krügel, »von Gottes und Rechtswegen Abgeordneter für Leobschütz«, war vielleicht der einzige Schleier, welcher mit Nein stimmte, daher dasselbe der Curiosität halber hier erwähnt werden möge. Das Ministerium pfuselt haben wir Aussicht, recht lange zu behalten, weil es zu schweigen versteht, seine Kabinetssachen stellt und die Beschlüsse der Versammlung ausführt. Es ist ein reines Verwaltungsministerium und die Regierungsmaschine geht unter ihm ohne große Erschütterungen den gewohnten Gang, als hätten wir keine Revolution erlebt. Der Berliner ist stumpf geworden und froh, daß wieder ohne ihn regiert wird. Das Lied »immer mit dem Kuhfuß« fängt ihn allmählig an tüchtig zu langweilen. An den Weißbierischen erzählt man sich schon, daß am 15. Oktober ein großes Versöhnungsfest zwischen Militair und Bürgern, Krone und Volk, Arm und Reich gefeiert und mit einer solennen Illumination beschlossen werden solle. Unwahrscheinlich ist die Sache nicht, ja selbst die demokratische Partei wünscht den Einzug des Militairs in die Stadt, wo sie auf dessen Geist unfehlbar besser einwirken kann, als wenn es außerhalb der Stadt in seiner drohenden Stellung beharrt. Der politische Aufschwung des Volkes beginnt von unten; die Demokratie muß sich erst langsam, aber sicher, in die oberen Schichten der Gesellschaft, wo sie gegenwärtig noch als ein dräuendes Gespenst angesehen wird, hinaufarbeiten, ehe sie zur Herrschaft gelangen kann. Jedes Ueberstürzen befehlt die Demokratie mit einer offenen Niederlage; durch einen Putsch kann wohl ein Präbident auf den Thron steigen, nicht aber die Demokratie, welche so viel Köpfe zählt, als das Volk selbst; und gelänge es ihr selbst, durch einen glücklich ausgeführten Schlag ihre Gegner zu stürzen, so könnte sie sich doch nur dann auf dem Throne erhalten, wenn das gesammte Volk zur Selbstbeherrschung die nöthige geistige Reife besäße. Diese wird es aber nur durch entsprechende Ausbildung in der Volksschule und im politischen Leben der Gemeinde erringen. Darum thut uns vor Allem eine tüchtige Gemeindeordnung mit Betheiligung Aller am Gemeinleben noth; ehe wir diese nicht haben, kann sich die politische Bildung des Gesamtvolkes auch nicht entwickeln. Die Gemeindeverfassung ist demgemäß gewiß wichtiger, als die Staatsverfassung, so sehr diese auch von allen Seiten gewünscht werden mag.

[Die Ritter-Akademie zu Brandenburg] soll zu Ostern aufgelöst werden. Es sind ohnehin nur die vom Könige gestifteten Freistellen, welche ihr in der letzten Zeit Jöglinge zugeführt haben. Die Ritter-Akademie in Liegnitz wird hoffentlich ebenfalls aufhören, der vornehmen Verziehung Vorschub zu leisten. Auch läßt sich erwarten, daß das Brandenburger Domstift, wie die übrigen Anstalten dieser Art, mit dem Ableben der jetzigen Domherren eingehen und das beträchtliche Vermögen dieser mittelalterlichen Institute an den Staat zurückfallen werde.

[Endurtheil in dem Urban'schen Prozeß.] Gestern Abend um acht Uhr hat der Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts das Endurtheil in dem großen Urban'schen Prozeß gesprochen. Urban und Löwingsohn sind freigesprochen worden, Korn hat statt sieben Jahre nur zwei Jahre, Siegerist statt sieben Jahre vier Jahre Festungsarrest erhalten. Der Platz vor dem Gerichtsgebäude war mit dichten Menschenmassen bedeckt, von denen die beiden Freigesprochenen bei ihrer sofortigen Entlassung aus dem Gefängnisse mit Jubel empfangen und nebst dem Vertheidiger derselben, Herrn Stieber, bekränzt davongeführt wurden.

F [Maßregel des preuß. Finanzministeriums.] Aus ziemlich zuverlässiger Quelle kommt uns die Nachricht von einer höchst wichtigen Maßregel, zu welcher das Finanzministerium Preußens seine Zucht zu nehmen gesonnen ist. Es ist die Einführung des Tabakmonopols in den preuß. Staaten. Als hauptsächlichster Motiv zu dieser gewiß unerwarteten Maßregel wird uns angeführt, daß Oesterreich den Beitritt zum Zollvereinbunde von der Einführung des Tabakmonopols in den übrigen Zollverein-Staaten abhängig gemacht habe; zudem gedenkt das Finanzministerium hierdurch die vielen Ausfälle der Staatseinnahme zu decken und glaubt, es sei dies eine am wenigsten empfindliche indirecte Steuer, die sich selbst in England und Frankreich bewährt habe. — Bis sich diese Nachricht bestätigt, behalten wir uns vor, diese Maßregel in das gehörige Licht zu setzen. — Es lebe die Gewerbefreiheit!

□ Berlin, 8. Octbr. [Entwurf eines Gesetzes gegen den Mißbrauch der Presse.] Heute morgen hat die Verfassungskommission, nachdem ein Regierungskommissarius im Namen des Justizministers die Erklärung abgegeben hatte, daß in der allernächsten Zeit der Entwurf eines Gesetzes zur Beurtheilung politischer und Preßvergehen durch Geschworene erscheinen würde, nach gefolgter Beratung beschlossen, folgenden Entwurf eines Gesetzes gegen den Mißbrauch der Presse der National-Versammlung zur Beschlußnahme vorzulegen:

Wir Friedrich Wilhelm c. verordnen, auf den Antrag der Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung versammelten Volksvertreter, und nach Anhörung unseres Staatsministeriums, bis zur Revision des Strafrechts, was folgt:

§ 1. Wer durch den Inhalt einer Druckschrift sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig macht, verfällt in diejenige Strafe, womit die bestehende Gesetzgebung dieses Verbrechen oder Vergehen bedroht.

§ 2. Was in diesem Gesetz von Druckschriften verordnet ist, gilt von allen auf mechanischem Wege, namentlich durch Stein- und Kupferdruck oder Holzschnitt vervielfältigten Schriften oder Bildwerken.

§ 3. Auf jeder Druckschrift muß der Name und Wohnort des Druckers, auf jedem mechanisch vervielfältigten Bildwerke der Name und Wohnort desjenigen, der die Vervielfältigung bewirkt hat, angegeben werden. Wenn die Schrift oder das Bildwerk durch den Buch- oder Kunsthandel verbreitet werden soll, so genügt es, wenn der Name und Wohnort der mit der Verbreitung beauftragten Handlung (Verleger) genannt wird.

Auf jedem Stück einer Zeitschrift muß außerdem Namen und Wohnort des Herausgebers, wenn dieser vom Verleger verschieden ist, genannt werden.

§ 4. Die Verletzung der Vorschrift des § 3 hat für den Verleger, Drucker, Herausgeber oder Verbreiter, ohne Rücksicht auf den Inhalt der Schrift, eine Strafe bis 50 Thlr. zur Folge.

Der Verbreiter wird von der Verantwortlichkeit frei durch die Namhaftmachung des in Preußen wohnhaften und anwesenden Herausgebers, Verlegers oder Druckers, und der Drucker durch die Namhaftmachung des im Inlande wohnhaften und anwesenden Verlegers oder Herausgebers.

§ 5. Ist die durch § 3 geforderte, der Druckschrift beigesetzte Angabe falsch, so wird neben der Geldstrafe (§ 4) auf Gefängniß bis zu 14 Tagen erkannt, vorausgesetzt hinsichtlich des Verbreiters, daß er von der Unrichtigkeit der Angabe Kenntniß gehabt habe.

§ 6. Der Herausgeber einer Zeitung oder Zeitschrift ist schuldig, jede Verichtigung der mitgetheilten Thatfachen, ehe sie von Behörden oder Privatpersonen aus, sogleich nach deren Empfang in das nächstfolgende Blatt oder Heft aufzunehmen. Uebersteigt jedoch der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen die Entgegnung sich bezieht, so sind für die mehreren Zeilen die gewöhnlichen Einrückungsgebühren zu zahlen.

Die Uebertretung dieser Vorschrift ist mit einer Strafe bis zu 50 Thlr. zu belegen.

§ 7. Geldstrafen, die nicht erlegt werden können, werden in Gefängnißstrafe verwandelt.

§ 8. In allen Fällen, in denen wegen Mißbrauchs der Presse auf Strafe erkannt wird, ist dem Verletzten auf Kosten des Verurtheilten eine Ausfertigung des Erkenntnisses zu ertheilen. Auch soll dem Verletzten in dem Erkenntnisse die Befugniß ertheilt werden, die Verurtheilung öffentlich bekannt zu machen. Die Art und Weise dieser Bekanntmachung, welche stets auf Kosten des Verurtheilten erfolgt, so wie der Frist zu derselben, hat der Richter nach den Umständen im Voraus zu bestimmen.

§ 9. Ist der Verfasser einer strafbaren Druckschrift bekannt und in Preußen bei Einleitung des gerichtlichen Verfahrens wohnhaft und amwesend, so dürfen Drucker, Verleger oder Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatfachen begründet wird, wegen des Inhalts nicht gerichtlich verfolgt werden.

§ 10. Für den Inhalt der periodischen Blätter haften zunächst der verantwortliche Herausgeber.

§ 11. Die Polizeibehörde ist ermächtigt, jede Druckschrift vor oder nach ihrem Ausgeben mit Beschlag zu legen, wenn es der Schrift an der im § 3 geforderten Benennung fehlt, oder wenn diese Benennung falsch ist. Eben so kann von der gerichtlichen Polizei auf eine Druckschrift, mit deren Ausgeben begonnen worden ist, Beschlag gelegt werden, wenn der Inhalt derselben ein solches Verbrechen oder Vergehen begründet, welches im öffentlichen Interesse von Amtswegen verfolgt werden kann.

§ 12. In allen anderen Fällen kann die Beschlagnahme nur vom Gerichte verfügt werden.

§ 13. Die Polizeibehörde hat jede von ihr ausgegangene Beschlagnahme innerhalb der nächsten 24 Stunden dem Staatsanwalt oder dem Gerichte anzugeben und dem letzteren die Aktenstücke über die Begründung und den Vollzug der Beschlagnahme zu übergeben. Das Gericht entscheidet in kürzester Frist, ob der Beschlag wieder aufgehoben oder fortzusetzen und die förmliche Untersuchung eröffnet werden solle.

§ 14. Alle den Vorschriften dieses Gesetzes entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Urkundlich u.

Berlin, 8. Okt. [Protest der Urwähler. Unter-

suchung gegen den demokratischen Bürgerwehr-

Verein. Die Vereine. Das Ministerium.] In der Nat.-Vers. dürfte nächstens eine interessante Frage zur Erörterung kommen. Die Urwähler des ersten größeren Wahlbezirks, dessen Deputirter Zacharias sein Mandat niedergelegt hat, haben dem Ministerium des Innern, dem Magistrat und den Wahlmännern selbst einen Protest zugehen lassen, in welchem sie erklären, daß sie eine von den früheren Wahlmännern vollzogene Wahl nicht für bindend erachten können, weil das Mandat der Wahlmänner nur für die eigentliche Wahlzeit gegeben worden. Sie fordern die Aufhebung des auf den 11. d. M. anberaumten Wahltermins. Der Minister Eichmann hat der Deputation, welche ihm diesen Protest überreichte, erklärt, daß er nicht ermächtigt sei, in dieser Frage zu entscheiden und daß er die Angelegenheit selbst in der National-Versammlung zum Vortrag bringen wolle.

Der Polizei-Präsident hat in dem Placat des »demokratischen Bürgerwehrvereins« vom 5. Oktbr., worin gegen die Ausführung des Bürgerwehrgesetzes protestirt und das Volk aufgefordert wurde, sich der Majorität der National-Versammlung zu widersetzen, die Aufforderung zum Aufrühr gefunden und gegen den Verein dem Staatsanwalt eine Denunciation übergeben. Die Voruntersuchung soll bereits im Gange und zunächst gegen den Vorsitzenden des Vereins, einen Herrn Meher, eingeleitet sein. — Bemerkenswerth ist es, daß, während die Bürgerwehr-Vereine, die Bezirksclubs in der letzten Zeit eine nicht unbedeutende Thätigkeit entwickelt haben, der früher so thätige demokratische Club, wenig von einer Wirksamkeit hat merken lassen. Selbst die Volks- und Soldaten-Versammlungen, die in den letzten Wochen stattgehabt waren, nicht von ihm, sondern von dem Volksclub geleitet. Von den verschiedenen Provinzial-Vereinen hat der Sachsen-Verein neuerdings eine ausschließlich demokratische Richtung eingeschlagen und hat in diesem Sinne nach seiner Heimathprovinz durch Correspondenz mit den dortigen Vereinen, durch Mittheilungen an Provinzialblätter sich einen gewissen Wirkungskreis geschaffen. Er wird sehr häufig von Mitgliedern der National-Versammlung besucht und so sind ihm auch in seiner letzten Sitzung durch Herrn d'Estor Mittheilungen über die eigenthümlichen Veranlassungen zu dem Kölner Belagerungsstand gemacht worden. Hierauf hielt der Abg. Schulz (Wanzleben) einen das Bürgerwehrgesetz kritisirenden Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die Stellung des Ministeriums Bülow zu den Parteien ist ungleich schwieriger, als die seiner Vorgänger. Während es von den Radikalen als das Ministerium der »Restauration« und der »bewaffneten Reaction« angefeindet wird, hat es sich bei der ultraconservativen Partei keines größeren Beifalls zu erfreuen, als die beiden Cabinette des Herrn Hansemann. Der »Neuen Preussischen Zeitung« scheint es »leider nur zu ernstlich gemeint zu sein,« wenn die Minister in ihrem Programm versichern, auf dem betretenen constitutionellen Wege fortgehen zu wollen. Mehr als das Ministerium Bülow der Nationalversammlung zugestanden, meint sie, hätte diese selbst von einem Ministerium Waldeck nicht erwarten dürfen. Ja sogar die Garbinengeheimnisse plaudert sie aus, wir wissen nicht, ob indidret wegen getäuschter Erwartungen oder aus natürlicher Naivität. »Wenn man uns versichert, sagt sie, daß dieses Alles nach einem umfassenden Plane der Mäßigung geschehe und daß man von Frankfurt aus Unterstützung erwarte, so möchten wir nicht der unsichern Zukunft zu Gefallen unsere Pflichten verletzen.« (Corr. Bur.)

XX Berlin, 8. Octbr. [Zur Tages-Chronik.] Außer einigem Trommelgewirbel und Pelotonfeuer der heute früh zu ihren Exercitien ausgerückten Bürgerwehr glich der heutige Sonntag gewiß ganz dem vor Jahr und Tag. Berlin ist wirklich ruhig und die Reisenden aus allen Gegenden Preußens, Deutschlands und des Auslands sind verwundert über die ruhigen und beruhigenden Zustände, welche sie hier vorfinden, während dieselben nach unsern Zeitungen zu urtheilen gerade entgegengesetzt zu sein scheinen. Wie schon früher gesagt, sind aber unsere Zeitungen keineswegs der Ausdruck der hier vorherrschenden politischen Meinung und Gesinnung. Die Richtung, welche mit den gegenwärtigen Zuständen nicht zufrieden ist, hat sich den hiesigen Hauptorganen bis zum Beobachter an der Spree Bahn gebrochen und täuscht nun sich und die Welt mit Darstellung und Meinung. So mögen denn auch wohl meine Berichte bisweilen mit den in jenen Blättern, besonders in den unzähligen Inseraten hervortretenden Aeußerungen in directem Widerspruch stehen, nichts desto weniger kann ich Sie versichern, daß Sie meinen Angaben bestimmt vertrauen können. Mein politisches Glaubensbekenntniß kennen Sie, es ist das der demokratischen Monarchie, aber ich lasse mit Vergnügen allen andern politischen Meinungen Gerechtigkeit widerfahren, nur die Gemeinheit, wo sie auch zu Tage kommt, mag ich nicht leiden und eben in diesen Inseraten offenbart sich eine so niedrige, gemeine Gesinnung der Lüge und Verleumdung, daß schwerlich jemals die jesuitische Tagesliteratur etwas Aehnliches zu Tage gebracht hat. So wenig nun diese Berliner Organe der Offenlichkeit sich dahin stellen, wo man sie finden sollte, so wacker hält sich der Berliner Geist diesen vielfachen Anfechtungen und Versuchungen gegenüber und er ist bereits darin so erstarkt, daß gewaltthame Scenen der Unordnung hier gar nicht mehr zu gestalten sind. Da das nun nicht möglich ist, so möchte man gern aus solchen harmlosen und doch

wirksamen Fastnachtsspielen wie die Gelschpromenade Hochverrath und Belagerungsstoff saugen, indeß es ist und bleibt ein harmloser Scherz, der aber nichts desto weniger von der entschiedensten Bedeutung war. Man hat die gestern Abend und heute Morgen gesehen. Während einige Stimmführer der Reaction noch immer von diesem angeblichen Schimpf sprachen und ganze Bürgerwehrbezirke sich verleiten ließen, in diesen Jammer einzustimmen, lachen die übrigen Bürgerwehren, die ungleich größte Mehrzahl noch heute wie vorgestern über den Esel und alle diese wie jene erklärten sich gegen das Bürgerwehrgesetz, wie es morgen zur Abstimmung vorliegt. Gestern Abend haben die Mitglieder der Nationalversammlung Deputationen von Bezirken und Bataillonen der Bürgerwehr erhalten, welche die Nationalversammlung auffordern, das schlechte Gesetz zu verwerfen. Der Hauptmann des 66. Bezirks sprach unter Andern mit großer Offenheit zu einer Versammlung von Deputirten der Rechten, die darüber ganz betreten erschienen. Mehrere Mitglieder der Linken äußerten, daß sie möglicherweise in der Minderzahl blieben und das Gesetz angenommen werde, dann möge man aber dasselbe ruhig hinnehmen und bedenken, daß in der jetzigen Staatsverfassung auch die gesetlichen Wege gegeben wären, um das schlechte Gesetz abzuändern oder ein neues an seine Stelle zu setzen. Bei der Abstimmung der Bürgerwehrbezirke über die Anfrage, ob sie die Wachen dem Militär übergeben wollten oder nicht, sind bis jetzt alle Abstimmungen einstimmig oder mit großer Mehrheit dafür ausgefallen, daß man die Wachen vorläufig so lange behalten wolle, bis das Militär auf die Verfassung geschworen; später wolle man sich weiter erklären. In meinem Bezirk wurde dieser Beschluß mit 67 gegen 15 Stimmen gefaßt und es würden 68 gegen 15 gewesen sein, wenn ich meine Stimme mit abgegeben hätte. Ich pflege indeß an solchen Abstimmungen und Beschläüssen nie Theil zu nehmen, damit es nicht heißen kann, man verleite die ehrlichen Bürger zu diesem und jenem Beschluß, während sie nur ihrem gesunden Sinne folgen und dieser hat bis jetzt noch keinen groben Fehltritt gemacht. Morgen werden wahrscheinlich auch alle übrigen Bezirke abstimmen. — Gleichzeitig wird Morgen in der Nationalversammlung über das Bürgerwehrgesetz und über die Abschaffung der Todesstrafe entschieden und wir werden also einen sehr bewegten Tag, aber hoffentlich keine Unruhen haben, und hätten wir dieselben, so wären sie von der Reaction gemacht.

Gestern Abend wurde hier der neue Handwerkerbund, ein Verein, ähnlich wie der Handwerkerverein der Johannisstraße, eingeweiht. Der Bund hat bereits einen eigenen Saal in der Fuhrenstraße erworben, zwischen 800 und 900 Mitglieder, und sein Bestehen ist gesichert. Zu der gestrigen Feier war der Saal schön mit Fahnen, Laub und Blumen geschmückt, Musik und Gesang ertönte und Handwerker mit ihren Frauen und Töchtern füllten alle Räume des Saales. Der Vorsteher des Bundes, Dr. Wunschmann, war mit seiner Weiberebe übel daran, denn ihm war am Tage vorher sein 12jähriger hoffnungsvoller Sohn an der Cholera gestorben und während der Feier lag noch ein zweiter krank. Das bricht einem Vater das Herz und er sprach zwischen Thränen und Verzweiflung, indeß er hielt sich wacker. Die Stadtverwaltung hatte den Bürgermeister Naunyn und einige Stadtverordnete, der Arbeiterverein den Dr. Schweizer, der Handwerkerverein den Wahlmann Bisth, der Gesellenverein den Dr. Kuhlmeier geschickt. Alle brachten Grüße, die beantwortet wurden, während man Lebehochs ausbrachte. Von den Lehrern des Vereins sprachen noch der Director Bornmann, der Prof. Schnackenburg, der Redacteur Julius Curtius, der Licentiat Dr. Rauch, Hr. Eckart und neben ihm gaben viele Mitglieder des Vereins Geredetes und Ungeredetes zum Besten. Im Allgemeinen war das Fest sehr schön; es endete mit Tanz am frühen Morgen. In dem Saal waren neben dem riesigen deutschen Banner über dem Ratheder, neben einer Fahne, aus Blumen und einer aus Hohlspänen, auch die Fahnen aller deutschen Staaten aufgestellt. »Wir müssen vor Allem gute Preußen, Bayern, Hessen &c. sein,« sagte der Präsident in seiner Eröffnungsrede, »um gute Deutsche sein zu können.« Er mag wohl recht haben; daß er dabei z. B. nicht das alte »Gendarmenthum« mit dem heutigen Preußen identisch hält, kann versichert werden. Der heutige Sonntag ist anmuthig schön. Berlin ist vor seinen Thoren ruhig und heiter, nicht bekümmert um die immer zunehmende Cholera. an der auch in St. Petersburg wieder an einem Tage 13 erkrankt und 5 gestorben sind. Der Freihandelsverein will wieder lebendig werden und am 10. Octbr. eine Versammlung halten, um sich über seine Finanzen zu einigen.

[Herr v. Vinde,] dessen Erwählung im Stargardter Kreise zum Abgeordneten für Berlin wir bereits gemeldet, wird hier erwartet. Er hat an seine hiesigen Freunde geschrieben, daß er innerhalb 8 Tagen eintreffen werde, da er sich von Frankfurt wegheine.

[Beschluß der Central-Abtheilung über die Grundsteuer.] Die Central-Abtheilung der National-Versammlung für Verathung des Gesetzesentwurfs der Regierung, betreffend die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, hat in ihrer ersten Sitzung unter Andern beschlossen, in ihren Gesetzborschlag die Bestimmung aufzunehmen:

»Es soll im ganzen Staate die Grundsteuer« »von allen ertragfähigen Grundstücken nach Verhältniß des Reinertrags aufgebracht, und zu diesem Behuf ein auf Ver-

messung und Ertrags-Abschätzung beruhendes Grundsteuerkataster, wie solches für die westlichen Provinzen bereits besteht, auch in den übrigen Provinzen aufgenommen, und es soll mit dieser Aufnahme sofort begonnen, dieselbe auch auf das Möglichste beschleunigt werden.

* **Provinz Sachsen, 6. Oct.** [Agitation in Erfurt.] In Erfurt hat sich ein Verein zur Erstrebung der Verlegung des Sitzes der deutschen National-Versammlung nach Erfurt gebildet und nunmehr hat auch die Stadtverordneten-Versammlung diese Angelegenheit in die Hand genommen. In der letzten Sitzung derselben war diese Angelegenheit Gegenstand der Verathung. Der König und das Staatsministerium zu Berlin, der Reichsöverweser und das Reichsministerium zu Frankfurt sollen durch Petitionen um Verlegung des Sitzes des deutschen National- und resp. Reichs-Parlaments nach Erfurt angegangen werden. Der Graf Keller, Deputirter für Erfurt in Frankfurt, will die Petitionen unterstützen. In einer preussischen Festsung, welche unter den preussischen Kanonen zweier Citadellen liegt, und welche von Sieben-Kleiner-Herren-Länder umschlossen ist, würde das sogenannte deutsche Parlament und die Centralpolizeigewalt allerdings sicherer sein, als an der südlichen Grenze des deutschen Reiches.

* **Elberfeld, 5. Oct.** [August von der Heydt.] mit der ganzen Familie von der Heydt als äußerst fromm im Buppertthale bekannt, ist für gewisse Eventualitäten zum preussischen Handelsminister bestimmt, zum Heil der Schutzgöllner. Er ist schon jetzt sehr betraut mit den Berliner geheimen Cabinet-Angelegenheiten. Am Dienstag d. 26sten September war er hier reisefertig nach Berlin ins Ministerium. Er hat dies selbst geäußert. Er muß fest gerechnet haben auf den Sieg der bewaffneten Reaction vom 25sten September. Man gewahrt immer mehr, wie sehr der Schlachtplan dieses Tags vorher entworfen war. Es hat aber die Demokratie einen Rückzug gemacht, der ruhmvoller und segendreicher erscheint, als wenn sie die Schlacht vom 25. Sept. angenommen und gewonnen hätte. Uebrigens begreift man schwer, warum man den Herrn August von der Heydt nicht schon jetzt in das Ministerium beruft. Er fände zwischen Eichmann und Bonin seinen politischen Gesinnungen und seiner religiösen Richtung nach seinen Platz. Was ihm an gründlicher Bildung abgeht, das würde sich schon finden. Wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand.

Kozmin, 2. Octbr. [Bildung der Liga Poliska.] Wenn sich auch das bekannte Militär-Regiment vereinigt mit der Bureaucratie und den Juden in unserer Provinz, und besonders bei uns aller hinterlistiger und verrätherischer Mittel zur Aufregung der Gemüther und Unterdrückung unserer Nationalität bedient, so ließen wir uns dennoch, wenn auch allseitig umringt von Bajonetten und Geschützen und überhäuft mit den verschiedenartigsten Drohungen, nicht einschüchtern und haben an dem heutigen Tage auch bei uns die Liga Poliska gebildet. — Wie wir vernehmen ist dieselbe unter gleich drohenden Umständen auch in Schrimm und in Jajaczkowo bei Lbbau in Preußen gebildet worden.

* **Von der polnischen Grenze, 4. Octbr.** [Wachwesen. Truppenbewegung.] Seit der Frankfurter Emeute sind die Vorsichtsmaßregeln auf der Grenze bedeutend verschärft worden. — Früher war einem Jeden gegen Vorzeigung einer Legitimationskarte, die ausgestellt war von dem betreffenden Commissarius, erlaubt, die Grenze ungehindert passieren zu können; jetzt hat dies nur für die niedere Klasse seine Gültigkeit, und es wird allen Uebrigen, die einen Eingang in das Königreich haben wollen, ein Paß mit dem Bismarck des russischen Gesandten abgefordert. — Ueberhaupt bemerken wir, daß die Schwierigkeiten bei der Passage über unsere Grenze stets und lediglich von dem Zustande der Nachbarstaaten abhängig gemacht werden. Die russische Truppenbewegung nach der galizischen Grenze, über welche ich Sie seit einigen Wochen bereits in Kenntniß gesetzt, bestärkt sich jetzt durch die Nachricht, daß sich der Kaiser für den Fall eines italienisch-französischen Krieges zur Hilfe Oesterreichs rüftet.

Deutsche Staaten.

Hamburg, 6. Oktober. [Wahlen in Rizebüttel.] Nach Nachrichten, welche durch den electro-magnetischen Telegraphen heute Mittag von Cuxhaven hieher gelangt sind, sollen die Wahlen im Amte Rizebüttel zu Gunsten der liberalen Partei ausgefallen sein. Wäre dies der Fall, so darf ein solches Resultat nicht überraschen, denn es ist von dieser Partei sehr stark gewirkt worden, während die andere Partei sich, wie wir hören, um die Wahlen in Rizebüttel fast gar nicht bekümmert hat.

Schleswig-Holstein, Flensburg, 3. Oct. [Neue Zeitung.] Im Laufe dieses Monats wird hier eine neue Zeitung, betitelt: »Der Telegraph an der Ostsee« oder etwa »Neue Flensburger Zeitung,« ins Leben treten. Der letztere Name klingt etwas ominös, jedoch wird das Blatt nichts mit der ehemaligen berühmten »Flensburger Zeitung« gemein haben, als die handelspolitische Tendenz, übrigens von deutschem Gesichtspunkte ausgehend. (3. B.)

Sächsische Herzogthümer, Weimar, 4. October. (Abends 10 Uhr.) [Die deutsche Polizei-Einheit.] Die Anordnung des Reichsministeriums, eine strengere Aufsicht über die Presse und die Reden bei öffentlichen Versammlungen zu führen und gegen die Uebertreter gerichtlich (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen und einer Extra-Beilage.

einzuerschrecken, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Wahrscheinlich in Folge des reichsministeriellen Erlasses sind heute hier und in benachbarten Orten nicht weniger als vierzehn Personen verhaftet und an das Criminalgericht abgeliefert worden. Es sind meistens die Redactoren demokratischer Blätter und Leiter demokratischer Vereine oder sonst Personen, welche öffentlich gesprochen haben. Auch hat man bei mehreren derselben die vorgefundenen Papiere und sonstige Schriften in Beschlag genommen. Die Verhaftungen und Ablieferungen geschahen unter starker Begleitung des Militärs. Ein Theil des Militärs und der Bürgerwehr steht unter Waffen. Man befürchtet Unruhen. Allein die Stadt ist ruhig, wenn auch aufgeregte. (Fr. 3.)

Frankfurt, 5. Octbr. [91ste Sitzung der Gesellschaft in der Paulskirche.] Nach verlesenen Protokoll und dessen Genehmigung erstattet Jordan aus Gollnow Bericht Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses über eine aus Berlin eingegangene Petition. Der Antrag lautet auf Tagesordnung; diese wird genehmigt. v. Meiden interpellirt das Ministerium. In dem Gesetz über Einführung einer provisorischen Centralgewalt sei unter Nr. 2 c. bestimmt, daß die Centralgewalt die völkerrechtliche und handelsrechtliche Politik Deutschlands bei den auswärtigen Mächten zu vertreten habe; es seien nun zwar einige Ernennungen von Reichsgeboten erfolgt, dessenungeachtet bestehen aber die Gesandtschaften der Einzelstaaten fort, er frage daher nun, welche Maßregeln das Ministerium getroffen habe, oder welche es zu ergreifen gedenke, um die Vollziehung des Gesetzes herbeizuführen? Schmerling: Das Reichsministerium habe die gegründetste Hoffnung, in sehr kurzer Zeit auf diese Interpellation umfassend und genügend antworten zu können; da aber der angeregte Gegenstand ein solcher ist, der Verhandlungen mit fremden Mächten fordert, so müsse er, bis die Verhandlungen zu Ende geführt seien, um das Vertrauen der Versammlung bis zu jener Zeit bitten. Vicepräsident Simon: Es seien vom Ministerium der Justiz 2 Schreiben eingegangen, durch welche eine Abschrift zweier Anträge des Frankfurter Appellationsgerichts der Versammlung mitgetheilt worden. Diese Anträge gehen auf Ermächtigung zur Einleitung der Untersuchung gegen die Redactoren der Reichstagszeitung Blum und Günther wegen Preßvergehens in den Nummern 104, 105 und 106 der genannten Zeitung. Der 2te Antrag geht auf Ermächtigung zur Einleitung der Untersuchung und Verhaftung der Abgeordneten Zih, Schöffel und Simon von Trier, wegen Aufreizung zu Mißvergnügen und Erregung von Unruhe. Beide Schreiben des Justizministers wie die Anträge des Gerichts werden verlesen. Der Vicepräsident schlägt vor, einen Ausschuss zur Begutachtung dieser Anträge zu ernennen. Simon von Trier ist damit einverstanden, er verlange aber, daß dem Ausschuss die Ermächtigung gegeben werde, Zeugen zu vernehmen oder vernehmen zu lassen; es wäre Pflicht, beide Seiten zu hören, jetzt höre man nur eine, und wenn dies geschieht, so scheie er für eine wahre Wohlthat an, sich von den durch Wort und Schrift über ihn ausgesprochenen Verleumdungen und Lügen reinigen zu können. Schadow beantragte, auch diese Angelegenheit dem zur Prüfung der Peter'schen Angelegenheit niedergesetzten Ausschuss zu überweisen. Plathner will dem Ausschuss nicht das Recht zugestehen, Zeugen zu vernehmen oder vernehmen zu lassen; das hieße dem Gerichte vorgreifen, er sei auch für die Wahl eines neuen Ausschusses. Schaffrath unterstützt Simon; es würde jedenfalls nothwendig werden, Entlastungszeugen zu hören. Vinke glaubt, daß das Ansehen der Gerichte untergraben würde, wenn man dem Ausschuss eine solche Befugniß zugestehet; er ist ebenfalls für einen besonderen Ausschuss. Eisenmann: Sollte mit der von dem Ausschuss anzustellenden Untersuchung ein Mißtrauensvotum gegen das ordentliche Gericht verbunden sein, so wäre er dagegen; es wäre ungefähr jetzt hier so, wie in anderen Staaten, namentlich in Bayern, daß, wenn gegen einen Beamten eine Untersuchung eingeleitet worden sei, erst seine vorgeordnete Behörde den allgemeinen Thatbestand feststelle; der Vergleich hien, aber die Ähnlichkeit werde man anerkennen müssen. Simon: Er muß gestehen, daß ihm der Plathner'sche Antrag, dem Ausschuss die verlangte Befugniß nicht zugestehen, überrascht habe, denn wenn die Entscheidung der Versammlung einen Werth haben soll, so müsse sie die Momente der Anschuldrung, wie die der Entlastung genau kennen; sollte die Versammlung einen blinden Griff thun, so würde er es dem Urtheil der Nation überlassen. (Stürmisches Bravo, rechts: Jischen.) Benedek ist für Simon, Schmidt aus Schlesien für Plathner: »Geben Sie dem Antrage des Herrn Plathner Gehör, räumen Sie diese Befugniß nicht dem Ausschuss ein; geben Sie blindlings Ihre Mitglieder der Verfassung anheim; denn jetzt, nachdem wir gezeigt haben, daß wir mit unserer Centralgewalt Kraftlos nach Außen dassehen und ohnmächtig sind, bitte ich Sie, dem Plathner'schen Antrage beizupflichten, damit wir dem deutschen Volke zeigen.« — Der Vicepräsident unterbricht ihn und tadelt das Wort blindlings, Schmidt behauptet, daß dieser Ausdruck ein Ausfluß der Redefreiheit sei, (Bravo!) »daß diese Central-

gewalt stark zu werden strebt zur Beschränkung der Freiheit des Volkes.« (Stürmisches Bravo links.) Nachdem noch die Debatte schwach weiter geführt worden, beschließt die Versammlung, einen besonderen Ausschuss zur Prüfung dieser Angelegenheit zu wählen und ihm alle Befugnisse des § 24 der Geschäftsordnung einzuräumen. Der Vicepräsident verliest einen Antrag Schmidt's aus Löwenberg und Wiesner von Wien: In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die Nationalversammlung mit ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, beantragen wir, die Nationalversammlung wolle ohne Weiteres die beantragten Verhaftungen genehmigen. (Unruhe.) Gager nimmt Veranlassung, die Tribüne zu erobern und beantragt, einen Ausschuss zu ernennen, dem dieser Antrag überwiesen werde; er glaube, daß eine solche Frechheit — (Sturm auf der Linken, Ruf: zur Ordnung!) Gager, der »edle« Gager verläßt die Tribüne. Simon weigert sich, ihn zur Ordnung zu rufen. Jordan beantragt Vertagung, bis der zu wählende Ausschuss Bericht erstattet hat. Wesendonck: Niemand in der Versammlung habe das öfter ausgesprochen, als Gager, daß es auf der Tribüne nicht gestattet ist, einzelne Abgeordnete zu beleidigen. Er habe dies nun aber selbst gethan und dennoch weigere sich der Vicepräsident, ihn zur Ordnung zu rufen. Er frage, wohin das führen solle? und beantrage, das Verfahren des Vicepräsidenten zur Prüfung an den Ausschuss für die Geschäftsordnung zu verweisen. Scheller stimmt dem bei. Benedek spricht gegen den Jordan'schen Antrag auf Vertagung. Gager's Antrag wird unterstützt und die Versammlung beschließt einen Ausschuss zu wählen, der den Antrag Schmidt's, die Verhaftung Gager's und das Verfahren des Vicepräsidenten prüfen soll. Jordan's Antrag wird verworfen. Möller interpellirt das Reichsjustizministerium, ob es ihm amtlich bekannt geworden, daß der Abgeordnete Minkus in Schlesien verhaftet worden ist, während er sich dort auf Urlaub befand. Mohl: Amtlich sei ihm nichts bekannt geworden, jedoch habe er bei dem preussischen Ministerium, sobald er von dem Gerüchte gehört, Anfrage gemacht; sobald Antwort eingeht, wird er berichten. Man geht zur Tagesordnung, Abstimmung über § 27, 28 und 29 der Grundrechte. Die angenommenen Sätze lauten, wie folgt:

Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf. Ohne Entschädigung sind aufgehoben:

- 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, so wie alle anderen einem Grundstücke oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte;
- 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Emissionen und Abgaben jeder Art;
- 3) die aus dem gutsh- und schutzherrlichen Verbanne entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen.

Alle übrigen ungewissheit auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten.

Die näheren Bestimmungen über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen.

Es soll fortan kein Grundstück weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden.

Alle Zehnten sind auf Antrag der Belasteten ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten.

Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienste und Jagdfrohden und andere Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben.

Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu.

Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist.

Vinke's Frage: ob es den angeklagten Abgeordneten freistehen solle, sich an den Wahlen für den zu bildenden Ausschuss zu betheiligen? ruft eine lebhafteste Debatte hervor, in deren Folge Zih, Schöffel, Simon freiwillig darauf verzichten, Blum jedoch auf seinem Rechte als Abgeordneter beharrt. Der Vicepräsident sucht die Frage abzulenken und das Prinzip zu umgehen, Vinke erklärt, er habe bloß gefragt und nichts beantragt, und die Versammlung spricht die Ansicht aus, es den Bethelligten zu überlassen, was sie thun wollen. (Schluß der Sitzung 3 Uhr.)

Frankfurt, 6. Okt., Vormittags 10½ Uhr. [92ste Sitzung.] Die heutige 92ste Sitzung der konstituierenden deutschen Reichsversammlung eröffnete der Präsident H. von Gager, indem er das Ergebnis der in der gestrigen Sitzung beschlossenen Ausschusswahlen bekannt machte. In den Ausschuss zur Prüfung der Anträge des Frankfurter Appellationsgerichtshofes, die gerichtliche Untersuchung gegen die Abg. Blum, Günther, Simon, Schöffel und Zih betreffend, wurden gewählt: Hergenhahn (Vorstehender), Scheller (zweiter Vorstehender), Löw aus Posen, Ebmeyer,

Briegleb, Martens, v. Maltzahn, Werner aus Koblenz, Schüler aus Zweibrücken, Langerfeldt, Zacharia aus Göttingen, Duncker, Sprengel, Reh, Gombart aus München. In die Commission zur Prüfung des Antrags der Abg. Schmidt aus Löwenberg in Schlesien und Wiesner aus Wien, sowie zur Prüfung der Aeußerungen des Abg. H. v. Gager und der Weigerung des Vicepräsidenten Simon, den Ordnungsruf zu erlassen, wurden gewählt: v. Lasaulx, v. Breuning, Schwarz, v. Jergog, Edel, Grumbrecht, Pagenstecher, Zell, Robert Mohl, Löw aus Kalbe, Bernher aus Nierstein, Schwetfische, Reichensperger, Jordan aus Marburg und v. Vinke. Der Tagesordnung gemäß wird zur Verathung über den Bericht des Gesetzgebungs-Ausschusses, den Schutz der Nationalversammlung betreffend, geschritten. Zu dem Antrag des Ausschusses werden eine lange Reihe von Amendements verlesen. Es wird darüber abgestimmt, ob eine allgemeine Debatte über den Gesetzesentwurf stattfinden soll. Die Versammlung entscheidet sich dagegen. Die Verhandlung wird eröffnet. Das Wort hat in diesem Augenblick Abg. Mölling.

Frankfurt a. M. 4. Okt. [Anrede des nordamerikanischen Bevollmächtigten.] Herr Donelson, außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister der nord-amerikanischen Freistaaten bei der deutschen Reichs-Centralgewalt hielt bei der Ueberreichung seiner Accreditive folgende Anrede an Sr. Kaiserliche Hoheit den Erzherzog-Regierungs-Verweser:

Die Vereinigten Staaten haben kein Interesse, welches denen Deutschlands entgegensteht. Sie werden, wo es in ihrer Gewalt steht, dem Wirken der provisorischen Centralgewalt und der Nationalversammlung immer mit freundschaftlicher Sorgfalt entgegenkommen.

Die Vereinigten Staaten, unterstützt von der göttlichen Vorsehung, die ihnen einen Washington verlieh, haben der Welt gezeigt, wie viele Vorzüge eine politische Organisation, die auf Selbstverleugnung und brüderliche Einigkeit gegründet ist, vor einem System des Sonderinteresses und nationaler Zwistigkeiten besitzt. Meine Landsleute hegen die Hoffnung, daß auch Deutschland eben so gesegnet sein, und daß die Zeit kommen wird, wo die Nachwelt den Namen Ew. Kaiserl. Hoheit neben den von Washington stellen wird. Meine Regierung und meine Landsleute wissen, daß es nicht Rathschläge, sondern Beispiele sind, welche allein die Aufmerksamkeit derjenigen fremden Nationen auf sie wenden, die im Begriff sind, ihr politisches System abzuändern. Deshalb enthält sich der Amerikaner sorgfältig jeder thätigen Theilnahme an den inneren Streitigkeiten anderer Völker, welche Bezug auf ihre Regierungsform haben. Man weiß in Amerika, daß jede rechtsgültige Institution nur dann als nützlich Beispiel dienen kann, wenn ihr friedlicher Einfluß sich bewährt hat, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in allen anderen Beziehungen, welche ein Jahrhundert charakterisiren, in welchem Wissenschaft und Tugend unumgängliche Bedingungen nationaler Größe und individuellen Wohlergehens ausmachen. Daher sind die Gefühle, deren Dolmetscher ich bin, keinesweges aus propagandistischen Interessen hervorgegangen, im Gegentheil sind sie aus vollkommener Hochachtung für die Staaten und Völker Deutschlands entstanden, für diejenigen Staaten und Völker, die durch ihren edlen Ursprung, ihre Zahl, ihre Intelligenz, ihre geographische Lage und ihre Producte verdienen unter den ersten Nationen der Erde einen Rang einzunehmen.

[Ein Vorschlag zur Güte.] Laut einer Nachricht der »Kölnischen Zeitung« beabsichtigen die Herren Deputirten zur Nationalversammlung in Frankfurt sich zum Winter die Paulskirche wohlthun zu machen, und ein Daurath hat bereits Pläne eingereicht, den Fußboden mittelst Circulation heißen Wassers zu erwärmen, deren Ausführung jedoch großen Schwierigkeiten unterworfen sein soll. Alles jedoch auf Kosten der deutschen Nation, deren Grundrechte hier »berathen« werden. Freilich der Winter ist kalt und lang, und daß unsere Abgeordneten bei ihren »Verathungen« warme Füße und Hände haben wollen, ein sehr billiges Verlangen. Allein um denselben diese zu verschaffen und um das heiße Wasser aus der ohnehin verwässerten Paulskirche ferne zu halten, erlauben wir uns folgenden kostlosen Vorschlag. Es tritt ein Redner der Linken auf und greift die Rechte an; die Linke würde dann klatschen, Bravo rufen, die Rechte wahrscheinlich mit den Füßen stampfen. Nachdem dies eine Zeitlang geschehen, tritt ein Redner der Rechten auf und schleudert Invektiven gegen die Linke; sie wird stampfen, während die Rechte klatscht, daß die neuen Glacehandschuhe plagen. Durch dieses wechselweise auszuführende Manöver würden unsern Deputirten Hände und Füße warm erhalten bleiben, das deutsche Volk würde unterdessen doch zu seinen Grundrechten kommen, dann käme der Frühling, der Sommer, die Deputirten könnten dann wieder Ausflüge, Landpartien veranstalten, und so weiter, in infinitum. (Fr. 3.)

Hohenzollern-Sigmaringen. Sigmaringen, 2. Okt. [Die Zustände des Landes.] Von allen Seiten nähert sich Militär, mehrere bürgerliche Mitglieder des Sicherheitsausschusses haben ihre Austritt angezeigt und gegen die dabei betheiligten Beamten und Offiziere soll die Dienstentlassung und Landesverweisung bereits verfügt sein; ge-

gen Würth erwartet man stündlich einen Verhaftsbefehl, wenn ihn nicht die neuste Beschlussfassung der Nationalversammlung (Würth wurde einige Tage vor dem Todschlagen mit großer Majorität an des ausgetretenen Sprichers Stelle nach Frankfurt gewählt) vor dieser Maßregel schützt. Die Regierung, welche übrigens noch nicht zurückgekehrt ist, scheint mit großer Strenge einschreiten zu wollen, obwohl man in Berücksichtigung der Vorgänge Mäßigung allgemein wünscht. — Unsere Zustände seit den Märztagen haben ein unparteiisches Urtheil über die frühere Verwaltung gefällt. Schon seit mehreren Jahren waren beinahe alle Verhältnisse unterwühlt, die Parteien standen sich schroff gegenüber; das Regierungssystem wechselte von Tag zu Tag und seine Anordnungen trugen bald den Stempel einer unbegrenzten Liberalität, bald des strengsten Absolutismus. Man glaubte größeren Staaten durch Berufung von renommierten Männern, wie Hasenpflug, Laßberg, Schenk, Wächter, Wetherlin u. s. w. imponiren zu können, welche übrigens die Kräfte des Landes weit überschätzten und die Stimmung rückwärts los gegen sich aufreizten. Die grenzenlose Aufregung in der Stadt Sigmaringen, von welcher die Bewegung ausging, hat ihren Grund ebenfalls in besondern Verhältnissen. Ein glänzender Hofstaat, ein zahlreicher Beamtenstand und eine rege Banlust, welche in kurzer Zeit über eine halbe Million Gulden in den Verkehr brachte (aber die Steuerpflichtigen ausfaugte), hatte in dem kleinen Städtchen eine Genußsucht hervorgerufen, wie sie nur in den größten Hauptstädten angetroffen wird; die zahlreichen Bauhandwerker befinden sich nun seit einem Jahre plötzlich ohne allen Verdienst. Die Verschönerungs-Commission, welche gegen 50,000 Fl. aufwendete, um alte Häuser auf den Abbruch anzukaufen und für neue Vorhöfe zu leisten, hat viele Privatbauten veranlaßt, welche, mit Hypotheken belastet, nun leer stehen. In den meisten Familien, die an Wohlleben gewöhnt sind, herrscht Mangel, in manchen sogar bittere Armuth und unter den Beamten große Zwietracht, denn schon in den Märztagen hatte sich der Haß der unterdrückten »Inländer« gegen die bevorzugten »Ausländer« Luft gemacht; das Militär wurde in Aufregung versetzt; die Landstände entzogen der Regierung alle Geldmittel; unter solchen Umständen war es kein Wunder, wenn die Partei des Umsturzes, geleitet von einem unabhängigen, ehrgeizigen und wirklich gewandten Führer, ein sehr günstiges Terrain fand. (Schw. M.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Wien, 6. Oct. [Tagesbericht.] An dem Congresse, welcher zur Ordnung der italienischen Sache in Sansbruck abgehalten wird, wird die französische Republik durch Herrn Vinien, ehemaligen Minister, vertreten werden.

Der Stadtrath zu Chaubim hat den Reichstagsdeputirten Placel, Rieger und Brauner eine Dankadresse überreicht, weil dieselben die Beschwerde der Chaubimer Bürger über das unconstitutionelle Treiben des Militärs daselbst vor die Kammer brachten.

In der gestrigen Reichstags Sitzung wurden die Anträge des Abgeordneten Mayer angenommen. Dieselben lauten: Die Urbarial- und Zehentsteuer hat vom 1. November an aufzuhören. — Da der Unterschied zwischen Dominical- und Rustikalgründen bereits aufgehört hat, so ist auch die aufgehobene Urbarial-Steuer gleichmäßig umzulegen. Der Antrag des Abgeordneten Durbastievicz, daß die kleinen Städte und Dörfer Galiziens von dieser Besteuerung entzogen sein sollen, wurde nicht angenommen. Die Judensteuer wurde mit 243 gegen 20 Stimmen aufgehoben; ebenso alle Paß-Polizei- und Aufenthaltsgelder. Die Juden haben dagegen alle Gewerbs-, Einquartirungs- und sonstigen Lasten wie die Christen zu tragen. Zister, Mannheim, Borrosch und Feodorowas sprachen mit Beifall. Zum Schlusse wurde einstimmig beschlossen, daß das Steuer-gesetz nur unter der Bedingung dem Ministerium zum Behufe der Sanctionirung Sr. Majestät zu übergeben sei, wenn dieses Gesetz mit folgenden Worten eingeleitet werde: »Wir Ferdinand etc. sanctioniren den und von den verantwortlichen Ministern vorgelegten Reichstags-Beschluß u. s. w. Den Antrag für diese Sanctionsformel stellte Borrosch.

* Die neue Revolution in Wien.

Breslau, 9. October. Die Wiener Zeitungen vom Sonnabend und Sonntag sind heute angekommen. Wir entnehmen zuvörderst der Allgemeinen Oesterreichischen Zeitung folgenden summarischen Bericht über die Ereignisse des 6. Octobers.

Wien, 7. October. Nach den Berichten, welche uns bisher zugekommen sind, begann die gestrige Bewegung mit der Weigerung eines Bataillons Grenadiere nach Ungarn zur Verstärkung der croatischen Armee zu marschiren. In Folge der Weigerung wurde das Bataillon von Kürassieren umgeben zur Eisenbahn escortirt, welchen eine Anzahl Nationalgarde und Legionäre folgten, die den Abzug der Grenadiere mißbilligten.

An der Eisenbahnbrücke angelangt, zerstörten die Legionäre und Arbeiter die Telegraphenlinie, hoben Schienen aus und nahmen die Querbalken der Brücke zur Errichtung von Barrikaden. Als Nationalgarde, Legionäre und Grenadiere sich zum Widerstand vereinigten, griffen die Kürassiere und ein Bataillon Nassauer mit 4 Kanonen, welche inzwischen über die große Brücke gezogen waren, dieselben an, verloren aber sogleich durch einen der ersten Schüsse den General Braiba, Oberst Jablonowski und mehrere an-

dere Offiziere, worauf sie nach Austausch einiger Gewehrsalven mit Verlust der Kanonen sich zurückzogen.

Die Alarmtrommel rief nun die Nationalgarde der innern Stadt und der Vorstädte zusammen, das in der Stadt befindliche Militär wurde concentrirt, namentlich im Gebäude des Kriegsministeriums mit Kanonen aufgestellt.

Eine Abtheilung Nationalgarde der Vorstadt Wieden, welche auf den Stephansplatz zu marschiren hatte, kam bei einer Abtheilung Nationalgarde des kärnthner Viertels vorüber, welche längs dem Stoc in Eisen aufgestellt war.

Diese Abtheilung kärnthner Nationalgarde schoß plötzlich den Wiednern nach, theilte sich dann ins deutsche Haus, Stephanskirche und andere Gebäude, und unterhielt ein fortwährendes Feuer aus ihren Verstecken.

Dieses Ereigniß ist als die Ursache der darauf gefolgten Wuth des Volkes zu betrachten.

Die Wiedner Nationalgardien durch Akademiker und andere verstärkt suchten ihre Gegner aus den Verstecken zu treiben und sollen gegen 60 Menschen, unter andern auch der Hauptmann einer kärnthner Viertel-Compagnie in und bei der Stephanskirche geblieben sein. Die kärnthner Viertel-Compagnie verschwand vom Kampfplatze.

Das nächste Zusammentreffen war auf dem Graben, wo Nationalgardien vom Wimmer Viertel ebenfalls gegen ihre Brüder unerwarteter Weise Feuer eröffneten und von Pionieren mit 2 Kanonen unterstützt wurden.

Die Wimmer Gardien wurden zerstreut, die Kanonen, nachdem das Volk einige Kartätschenschüsse ausgehalten, genommen.

Später erfolgte der Angriff auf das Kriegsministerium. Der Minister Latour hatte gezeugert, das verlangte Zurückziehen des Militärs zu befehlen und die verhängenden Zusicherungen zu geben, welche Jellacic's Macht auf seine Croaten beschränken und die deutschen Soldaten für die deutsche Sache zurückführen sollte.

Erst als Latour, verlassen von Bach, der ihn in seinem Widerstande unterstützt hatte, verlassen von seinen Generalen und Adjutanten war, gab er dem Jubel nach. Seine Ordonnanz zur Einstellung der Feindseligkeiten u. s. w. verhinderten zwar manches Blutvergießen, namentlich auch den Gebrauch der im Kriegsgebäude aufgestellten Kanonen, und gab dem Militär, das größtentheils ungen sich gegen das Volk führen ließ, den Anlaß zum Rückzug — war aber eine Maßregel, die der steigenden Wuth des Volkes gegenüber zu spät kam. Ein Opfer derselben fiel Latour zuerst; von dem Hammerschlage eines Schlossers verwundet, dann von einem Dolchstiche eines Ungarn durchbohrt, die Treppe hinunter geschleift und aufgehängt.

Der letzte Kampf, welcher die Nacht durchdauerte, war um den Besitz des Zeughauses, das sehr stark gebaut, mit Vertheidigungsmitteln jeder Art versehen, durch Militär und einigen Abtheilungen Städter Nationalgardien bis zum Morgen vertheidigt und erst auf Befehl des Reichstages heute früh übergeben wurde, nachdem die Besatzung, unterstützt von Schützen im benachbarten Hause des Windischgrätz, vielen Schaden unter den Belagerern verursacht hatte.

Die in der Stadt befindlichen Soldaten sind nun sämmtlich zum Volke übergegangen.

Es geht das Gerücht folgender Ministercombination: Doblhoff, Inneres; Krauß, Finanzen; Boyna, Gesandter in Brüssel, Aeußeres; Buchner, commandirender General von Liebenbürgen, Krieg; Hornbostl, Handel; Breda, Justiz.

Permanenz des Reichstages am 7. October Abends. Schuselka verliest einen Erlaß an die Völker Oesterreichs, zu dessen Verfassung ihn der Reichstag beauftragt. Nach einigen Einwendungen wird die Proclamation einer Redaction zugewiesen.

Hierauf betritt Minister Hornbostl die Tribüne. Weil er sein Vaterland, weil er sein Volk liebt, so fühlt er sich gedrungen, zu erklären, daß ihm die nöthige Thatkraft und Energie, ja die Befähigung für seine Stelle mangle. Man möge ihm gestatten, sein Amt niederzulegen, es werden würdigere, bessere Kräfte sich vorfinden, man möge sie benützen, denn er fühle sich in jeder Beziehung zu schwach.

Jonak fordert ihn im Namen des Volkes, daß ihm vertraut, auf, zu bleiben. »Ja, Sie müssen bleiben.«

Die Kammer ruft: Bravo! ja! ja!

Minister Hornbostl erklärt, daß er sich wie bisher auch jetzt den Beschlüssen der Kammer fügen werde. Er fühle sich wahrhaft schwach. Wenn er Vertrauen genießt, so sei dies allerdings in seinen redlichen Handlungen gerechtfertigt, aber er kann es sich nicht verhehlen, daß jetzt schwere Zeiten kommen werden, in solchen Zeiten braucht es bedeutende Kräfte, er habe daher deswegen seine Stelle niederlegen wollen, weil er sich für solche Zeiten nicht befähigt halte, und weil er eben fürchte, dadurch bald das Vertrauen zu verlieren, das er jetzt besitzt. — Er verläßt die Tribüne unter bedeutendem Beifalle.

Es entspinnt sich nun eine Debatte über die Art der Verbreitung der oben besprochenen Proclamation. Ein Abgeordneter beantragt, jeder Deputirte möge sie seinem Bezirke übersenden, ein Abgeordneter will sie amtlich kund gemacht wissen, Borrosch zugleich durch die Zeitungen, ein anderer Abgeordneter durch die Kreisämter und Gubernien. Es wird nach Kundgebung durch die Generalcommandos in den Tagesbefehlen, durch Placate etc. Alle Anträge zur Verbreitung werden zum Beschlusse erhoben. Haimert beantragt die Permanenz aufzuheben und einem Ausschusse die Gewalt zu überlassen. Umlauf wünscht Verstärkung desselben durch 10 Mitglieder. Langer beantragt, daß, so oft Al-

larm getrommelt werde, jeder Abgeordnete sich in der Kammer ohne andere Aufforderung einfinden möge. Paul sagt, der Alarm sei ein ungewisses Zeichen, indem er in Vorstädten auch wegen Rakenmusikern geschlagen werde. Langer sagt, wir müssen der Bevölkerung im Vorhinein das Zeugniß geben, daß sie in diesem ernstlichen Augenblicke sich nicht mit derlei beschäftigen werde. Wenn Alarm geschlagen werde, so bedeutet es, daß die Garde sich auf ihre Posten begeben, wir sind auch eine Garde und hier ist unser Posten! Borrosch beantragt, daß zwei Dritttheile immer hier bleiben mögen und ein Dritttheil die Erlaubniß zu 8 Stunden Ruhe erhalte.

Haimert's Antrag fällt durch.

Langer's Antrag erhält Majorität.

Umlauf's Antrag auf Verstärkung des Ausschusses wird angenommen. Vorge schlagen werden hierzu Rautschitsch, Ambrosch, Haimert, Jonak, Smasovski, Rudlich, Szabel, Prato, Dhwat.

Zimmer meldete schon während der Debatte, daß das Militär an einzelnen Orten Garden und Studenten verhaftete, so wie auch beim Belvedere und der Südbahn eine drohende Haltung annehme. Er will daher, der Reichstag möge das Ministerium ersuchen, an den Commandanten Auerberg den Befehl ergehen zu lassen, er möge die Truppen von benannten Orten wegziehen und zur Ruhe verhalten.

Jonak drückt aus, daß der Reichstag nicht ersuchen könne, eben so möge dem verantwortlichen Ministerium überlassen sein, hier zu handeln. Umlauf und Januschowski unterstützen ihn. Zimmer beantragt, die niedergelegte Commission zuzumessen. Dies wird angenommen.

Umlauf bringt den Antrag vor, das Ministerium möge im Vereine mit dem Constitutions-Ausschusse schleunigst ein Nationalgardegesetz vorlegen, und begründet seinen Antrag, indem er die Dringlichkeit und die vielseitige Forderung hervorhebt. Nach einiger Debatte, an der sich Jonak und Borrosch theilnehmen, wird auf Antrag zur Tagesordnung übergegangen.

Sierakowski beantragt: 1) eine Proclamation an die Armee zu erlassen; 2) fünf Mitglieder mögen diese verfassen; 3) die Capitulation möge auf 3 Jahre festgesetzt werden; 4) die Körperschaften sind abgeschafft; 5) Regimentsinhaber finden fortan nicht mehr statt; 6) die Beförderungen werden nur nach Verdienst und Dienstjahren ertheilt.

Nachdem mehrere Abgeordnete hervorthun, daß jetzt kein Kriegsminister noch bestesse, daß derlei Gesetze in die Constitution gehören, und daß man in diesem Momente eben die Verathung eines wichtigen Gesetzes abgelehnt, wird über diesen Antrag ebenfalls zur Tagesordnung geschritten.

Rudlich stellt den Antrag, eine militairische Commission zur Vertheidigung niederzusetzen. Er hebt hervor, welche Wichtigkeit der Punkt Wien habe und welche Folgen hervorgehen, wenn er falle. — Der Commandant Scherzer habe ihm eben gemeldet, daß es vielleicht bald zu einem Angriffe kommen könnte, und in Anbetracht dieses Umstandes macht er auf die Dringlichkeit seines Antrages aufmerksam.

Borrosch stellt den Antrag, hiezu mehrere Kammermitglieder, welche militairische Kenntnisse haben, zu erwählen, welche Berichte der Garde entgegenzunehmen und dann Beschlüsse zu fassen haben. Erhält Majorität.

Katinelli (Oberst), Nizewski (Major), Schneider (Hauptmann), Stobniski (Oberst), Müller (Hauptmann). Die benannten Herren gehen ins Verathungszimmer und die Sitzung wird suspendirt.

Wien, Sonntag am 8. October. [Bericht des Correspondenz-Bureau's.] Seit gestern ruhen unsere Waffen. Die Barrikaden sind vom Volke stark besetzt, die Thore verammelt; alles wartet der entscheidenden Dinge, die da kommen werden. Trotz unseres Sieges stehen wir auf einem gefährlichen Boden. Jetzt gilt es zu beweisen, ob wir der Freiheit würdig sind, und dieses können wir dadurch, wenn wir die errungene Freiheit zu behaupten wissen. Das Volk will eine aufrichtige, ehrliche Regierung und keine Camarilla. Die Stimmung im Volke ist beispiellos entschlossen. Allgemein hört man, daß der Kampf von Neuem beginnen müsse, und daß der Wiener entweder sterben oder siegen werde, wenn man das leere Spiel mit seinen Errungenschaften nicht einstellt.

Gestern hielt Graf Auerberg eine Conferenz mit allen Stabsoffizieren ab, wobei er erklärte, sich den Beschlüssen des Ministeriums zu unterwerfen. Mehrere Generale erklärten, daß sie, wenn dieses geschieht, und die gekränkte Waffenehre (!) nicht gerettet wird, keinen Deut mehr ziehen wollen. Die Wiener meinen: Schon gut! das wünschen wir ja eben! Nur nicht gar zu große Pensionen, so was gerade zum Leben recht ist. Unter den von den Bürgern Gefallenen ist der Dichter Kaiser, unter den Schwerverwundeten Schriftsteller Ludw. Aug. Franz; Willi Bel und Franz Tubora, welcher beim Angriff der Hauptwache am Hof unter dem Kampfschilde zuletzt gesehen wurde, wird vermisst. — Wer sah, wie ein kleines Häuflein Akademiker ein ganzes Bataillon Militär stürmend empfingen, wer sah, wie 10 bis 12 Garden mitten unter dem Kartätschenregen eine Batterie erlürmten, der nur kann sich ein Bild von dem riesenhaften Muth der Wiener Bevölkerung machen.

Betreffs der Tapferkeit, mit welcher von Seiten des

Volk gekämpft wurde, erzählt mir mein Gewährsmann folgenden Vorfall, von dem er Augenzeuge gewesen: ein Haufe von etwa 50 schlechtbewaffneten Arbeitern, unter Leitung von 15 Mitgliedern der akademischen Legion, greift ein in der Straße arbeitendes Geschütz mit gehöriger Infanteriebedeckung (es wurden mir 200 Mann genannt) an. Gleich zu Anfang fällt ein Akademiker von einer Kugel zum Tode getroffen; sein Nebenmann, gleichfalls Akademiker, küßt den Sterbenden, nimmt die Kugel von der Erde auf, ladet sie in seine Muskete und erschießt den Führer der Soldaten damit; dann kurzer Angriff mit blanker Waffe, Flucht der Infanterie und Eroberung des Geschützes. — Von Barricaden weiß man bei diesem Kampf nichts*).

Das schwarzgelbe Blatt, die Geißel, ist mit dem schwarzgelben Redacteur Herrn Böhlinger und Anhang verschwunden.

Das Ziel der Reise des Kaisers ist unbekannt. Man sagt, er wolle nach München.

Jelacic soll in Preßburg eingedrückt sein, wo das Ziel seines großen Patronenlanges sein dürfte.

Der Abgeordnete Scherzer ist zum Nationalgarde-Commandanten ernannt. Eine Kundmachung des General Auerperg erklärt ferner, daß von Seite des Militärs alle Feindseligkeit eingestellt sein.

Wien, 8. October. [Die Correspondenz Latours aufgefangen. Gerücht über die Reise des Kaisers.] Kurz vor dem unerwartet schnellen Tode des Kriegsministers ordnete derselbe seine Papiere und schickte ein versiegeltes, ziemlich voluminöses Pack durch einen Ordonnanz-Grenadier an den Commandirenden Auerperg, der Soldat wurde in der ersten halben Stunde verhindert, durch die auf den Straßen zusammengedrängten Volksmassen durchzukommen, und als er die Hauptwache erstürmen sah, und das tragische Ende des Kriegspräsidenten erfuhr, besann sich die Ordonnanz eines Bessern, und überbrachte das Paket auf die Aula, von wo es auch gestern dem Reichstag übergeben wurde. Große Compromittirungen der höchsten und vieler hohen Personen kommen durch diese Papiere zur Deffentlichkeit und werden den nächsten Aagnaten der Habsburg-Rothring'schen Dynastie wohl moralisch den Todesstoß versetzen, da durch die Erzherzogin Sophie, Erzherzog Ludwig, Latour, der Exminister Präsident Ludwig Bathany alle die commandirenden Generale, besonders der in Ungarn stationirte Befehlshaber der Truppen-Abtheilung in das mit großer Intriguen-Fertigkeit gewebte Netz verstrickt wurden. Jelacic hat sehr bedeutende Baarsummen erhalten. 600,000 Gulden als eine letzte Geldsendung die vom Kriegsminister gemacht wurde, war auf dem Gute eines Grafen Bichy aufbewahrt, und fiel in die Hände der Ungarn, denen diese beträchtliche Summe höchst willkommen war.

Noch weiß man nicht, welchen Aufenthalt sich der Kaiser wählen wird, Pefenbeug, Linz, Salzburg werden genannt, gut unterrichtete Personen wollen wissen, daß die Reise über die Grenze nach Bayern bestimmt sei. Ueber das neu zusammenzuführende Ministerium werde ich Ihnen Morgen etwas Bestimmtes mittheilen können. Doblhoff, Kraus und Hornbostl werden ihre Portefeuilles behalten. Wode lebt und soll im Gebäude des Polytechnicums sein. Schwarzer's Aufenthalt, der übrigens nichts zu befürchten hatte, ist völlig unbekannt. Kriegsminister Mesaros verfolgt Jelacic mit einer Armee von beinahe 30,000 Mann und ist nur noch eine kleine Tagereise von dem croatischen Heere entfernt; wahrscheinlich kommt es auf der großen Ebene zwischen Wieselburg und Wadendorf, eine Stunde von der österreichischen Grenze Bruck an der Leitha zum Haupttreffen. — Auf den mitfolgenden Erlaß des Kaisers war noch das Ersuchen mit fast unleserlicher Hand geschrieben, General Auerperg möchte die Contrafignierung nicht verweigern. —

Wien, 8. Octbr. [Tagesbericht.] Die k. Truppen-Kette haben sich unter dem commandirenden General Graf Auerperg im Belvedere concentrirt, es sind beläufig 4000 Mann mit 20 Geschützen, nachdem zur Deckung des Kaisers auf seiner Flucht nach Ober-Österreich ein Cavallerie-Reg., ein Grenadier- und ein Fuß-Bataillon mit 6 Kanonen mit abgegangen waren. Nachdem die im Belvedere stationirten (namentlich die an der Donau geschlagenen Massau-) Infanteristen einzelne an den Garten vorübergehende Nat.-Gardisten entwaffneten, und sich auch das Gerücht verbreitete, daß Auerperg in der Nacht die Stadt bombardiren werde, hat der Ministerrath denselben zur Rede stellen lassen, worauf seine Erklärung an den Straßen-Ecken heute früh angeschlagen war. Sie lautet: „An Einen hohen Ministerrath!“ Die gestrigen Ereignisse haben mich veranlaßt, die in verschiedenen Casernen zerstreuten Truppen der Garnison auf einen einzigen militärischen Punkt zu concentriren, um selbe vor jeder weiteren Infilte oder Angriffe sicher zu stellen. Es ist dabei durchaus keine feindselige Absicht, ja es würde sehr erwünscht sein, bei eintretender Ruhe und Beseitigung jedes weiteren Angriffes auf das Militair, von dem jedoch gerade in diesem Augenblicke die verschiedensten Gerüchte herumgehen, diese außerordentlichen Maßregeln aufzuheben, und in das gewohnte Verhältnis zurückzuführen. Ueber die stattge-

*) Anm. der Red. Der gestern hier durchgeführte Angriff der französischen Gesandtschaft, Gr. Bernays, bestätigte Alles, was über den unsterblichen Geismuth der Wiener Legionäre erzählt wird. Er erklärte: einen solchen Kampf niemals gesehen zu haben und daß die Pariser Polytechniker in den Wiener Akademikern ihre Meister gefunden hätten.

fundenen Feindseligkeiten von Seiten des Militärs habe ich schon zu wiederholten Malen mein Bedauern und die Versicherung ausgesprochen, daß hietwegen die strengsten Verbote ergangen sind.

Wien, den 7. October 1848.

Graf Auerperg m. p., General.

In der gestrigen Abend Sitzung des Reichstages ward eine von drei Mitgliedern entworfene Proclamation an die Völker Österreichs angenommen, welche als wichtigsten Punkt enthält: daß der Reichstag die Executiv-Gewalt in die Hände der Minister Doblhoff, Hornbostl und Kraus übergebe, welche sich zur Versicherung aller Portefeuilles mit Männern aus dem Reichstage umgeben, und mit dem letztern in ununterbrochener Verbindung bleiben.

Nachts (vom 7. — 8.) ging noch zahlreiches Militair zum Volke über, selbst von den Massauern. Die Kürassiere (Österreicher) konnten von Auerperg nur mit Mühe zurückgehalten werden, und man weiß, daß er hauptsächlich darum nicht die Truppen in die Casernen ziehen lassen will. Heute früh erschien von einem böhmischen Grenadier-Bataillon (das im Marschfelde steht) ein Offizier auf der Universitäts-Platz, der im Falle eines Angriffes auf die Stadt den Uebertritt der Truppen zusicherte und eine Liste seiner gleichgesinnten Kameraden unterbreitete. Ebenso kommen seit heute früh fortwährend Zuzüge von Steyermark und Ober-Österreich, alle trefflich gerüstete Kugelschützen. Im Ganzen dürfte sich die Volksmacht auf 80,000 Bewaffnete und 60 Geschütze belaufen. Man glaubt, daß diese Umstände den Kaiser zur alldingigen Rückkehr bewegen werden, wenn er die eben vom Reichstage beschlossene Adresse, die Nachmittags redigirt und durch eine Deputation abgeschickt wird, erhält. Der Hakt der Reaction, das Militair, ist durch den allgewaltigen Geist, der aus dem Volke in dasselbe einging, als Maschine der Reaction unbrauchbar, der Fall Latours und die aufgehobene Communication durch ihn mit Jelacic gab dem letzten Akt der Hofpartei den Todesstoß. Gestern hatten die in Preßburg stehenden 2 Bataill. diese Stadt verlassen, ein Parlamentär Jelacic's, der von Wieselburg kommend Contributions-Forderungen stellte, ward festgenommen. Die Magyaren, unter Leitung der ungarischen Kriegsminister Mesaros und Kossuth's stehen in Raab, haben Komorn besetzt und drängen die 20,000 Kroaten unaufhaltsam gegen Wien zu, und wenn Jelacic nicht bei Zeiten über Wiener-Neustadt nach Steyermark und Sütyrien sich durchschlägt, so wird er vom mittlerweile organisirten österreichisch-steyerischen Landsturm abgeschnitten und umzingelt. So stehen die Sachen. Natürlich packen die kürzlich von Pest nach Wien geflüchteten „Gutgesinnten“ hier ein, um westwärts zu fliehen, aber wo werden diese edlen Seelen Ruhe (in ihrem Sinne) finden. — Die czechischen Deputirten haben aus Furcht vor Verfolgung größtentheils die Stadt verlassen. — Die deutsche Nationalversammlung, ganz Deutschland muß endlich entschieden auftreten; nochmals hat Wien gesiegt, aber kein Sieg, so groß, so bewundernswerth er ist, bleibt ohne Erfolg, wenn nicht ganz Deutschland nachfolgt. Wien hat Ungarn und Deutschland noch einmal gerettet. Mögen diese Völker in sich gehen und handeln. Das Jahr 1848 will Thaten nicht gewöhnlicher Art — Heldenthaten! Eine solche war die Revolution vom 6. October! Sie steht neben den Tagen von Aspern und Leipzig! aber man muß sie ausbeuten!

A. Breslau, 9. Oct. [Stand der Dinge in Wien.] Aus mündlichen Mittheilungen von Reisenden erfahren wir, daß Jelacic bei Dedenburg gefangen worden ist, diese Nachricht ist durch zwei Couriere, von denen der Eine an die Aula, der Andre an den Reichstag abgesandt ward, überbracht worden. Man behauptet, ohne dieß indeß zu verbürgen, daß er getödtet worden sei; seine Armee ist verstreut, ein Theil steht bei Wolkendorf auf österreichischem Gebiet.

Der Kaiser befindet sich nach der einen Nachricht auf einem Schlosse bei Linz, nach der andern auf dem Schlosse Pefenbeug, unter der Enns, an der Donau, wo er vom Landsturm zurückgehalten sein soll; man schließt dies aus der plötzlich unterbrochenen Dampfschiffahrt auf der Donau.

Zahlreiche Zuzüge von bewaffneten Landeuten strömen nach Wien. In Wien selbst ist das 3. Bataillon des Regiments „Deutschmeister“, die Mengen-Kürassiere, die Gebaugelers, die Cetopieri-Grenadiere und das deutsche Grenadier-Bataillon Hef und Grabowsky zum Volke übergegangen. Auerperg hat vor dem Reichstag seine angebliche Aeußerung, daß er Wien bombardiren wolle, als unwahr erklärt; doch glaubt man, daß er am Montag in die Stadt einrücken wolle. Die Erbitterung gegen das Massauer Regiment ist sehr groß.

Die Geschäfte leiten Doblhoff, Kraus und Hornbostl. Porrosch und Böhner sollen ins Ministerium treten.

Ungarn. [Mittheilungen aus Pest.] Wir erhalten heut wieder, seit mehreren Tagen zum erstenmal, eine Pesther Zeitung, nämlich ein Blatt vom 3. October, nur ½ Bogen stark. Die Redaction zeigt zugleich an, daß sie, da ihr Redaktions- und Druckeri-Personal durch die Theilnahme am Landsturm bedeutend verringert ist, genöthigt sei, während der Dauer dieses Zustandes sich auf ½ Bogen zu beschränken. Das Blatt berichtet über die Reichstags-Sitzung (Repräsentantenhaus) vom 1. October:

Der Präsident verliest einen Siegesbericht des General

Móga aus dem Sufaroer Lager vom 29. Septbr., über das Treffen bei Belencze. — Vicepräsident Palfy, welcher eben aus dem Lager zurückkehrt und früher Vizepräsident war, spricht seine Siegesübersicht aus. Eben so der Kriegsminister Mesaros, welcher mit stürmischem Beifall empfangen wird. Sodann enthält die Pesther Ztg. verschiedene amtliche Erlasse:

A. Die städtischen Behörden, welche festsetzen:

1) Aller Handel und jedes Geschäft wird nach Maßgabe der sich zu entwickelnden Umstände längstens auf 8 Tage, als bis zur Rückkunft des bewaffneten Volkes, eingestellt.

2) Ist jeder Mensch mit allen wehrfähigen Mitgliedern seiner Familie und im Allgemeinen mit seinen sämtlichen Gehäusen am bestimmten Orte, wegen Anmarsch in das Lager, verpflichtet, zu erscheinen.

Jedweder soll auf zwei Tage mit Lebensmitteln, und der es im Stande ist, mit was immer für Waffen sich versehen, erscheinen.

Sämtliche Hauswirthe werden für zwei Tage ihre Gehäusen mit Lebensmitteln versehen; zur Ausfolgung der Lebensmittel für Jedermann, so wie den Unbewaffneten zu bewaffnen, wird die Behörde besorgt sein.

4) Heute wird zur gewissen Zeit Rebellie geschlagen; alsdann hat das sämtliche wehrfähige Volk gerüstet auf folgenden Sammelplätzen zu erscheinen; insbesondere die Nationalgarden-Bataillone:

Das dritte Bataillon auf dem großen Marktplatz;

das vierte Bataillon auf dem Josephsplatz;

das fünfte Bataillon nächst dem Museumgebäude beim Kun-

walderschen Hause;

das sechste Bataillon rückwärts der Karls- oder der großen

Kaserne, auf der Landstraße.

Diesen werden sich sämtliche wehrfähige Einwohner der Stadt ohne Ausnahme anschließen und zwar: die Leopoldstädter dem dritten, die inneren Stadter dem vierten, die Joseph- und Franzstädter dem fünften, die Theresienstädter aber dem sechsten Bataillon.

Nachdem der auf diese Weise geordnete Landsturm auf den bestimmten Plätzen zusammenkommt, wird die sämtliche Einwohnerchaft, in Masse versammelt, alsogleich unter Leitung ihrer Anführer aufbrechen.

B. Ein Aufruf des Landesvertheidigungsausschusses an die Handwerker, sich bei Adjustirung der Gewehre zu betheiligen. C. Ein Aufruf des Landes-Polizei-Amtes zur Lieferung von Lebensmitteln.

Sodann folgt die Nachricht vom Abmarsch der franz. Legion in das Lager und folgende Nachricht:

Ungeheure Sensation erregte folgende Nachricht, die Sonntags Nachmittags mittelst Blatats bekannt gegeben wurde:

So hüßig die Landesverräter!

Graf Dedon Bichy.

gewesener Administrator des Stuhlweißenburger Comitates, ist den 30. September auf der Insel Giepel durch das Kriegsgericht standrechtlich als ein mit den Feinden des Landes verbündeter Landesverräter mit dem Strick um halb 9 Uhr hingerichtet worden.

Zu allen Gruppen, welche diese Maueranschläge umstanden, sprach sich laut die tiefste und gerechteste Entrüstung darüber aus, daß jetzt, wo der Erzfeind des Landes die Hauptstadt bedroht, wo dessen freiesbünderischen Pläne offen an dem Tage liegen, wo Ungarn beste Schiene Gut und Leben in die Schanze schlagen, um der Freiheit und Nationallehre einen Ball mit ihren Leibern zu bilden, noch Menschen sich finden, welche von Geburt und Schicksal zu einer bevorzugten Stellung berufen, das Vaterland, dessen begünstigte Kinder sie waren, schmachlitz verrathen. Wie verkauft, ist Bichy von seinen eigenen Unterthanen, bei denen er in Begleitung eines Grenzfeldwebels Actualien für den Feind requirirte, festgenommen und dem Commandirenden auf der Insel Giepel, Major Arthur Görgey (einen unsrer genialsten und energischsten Oberoffiziere) ausgeliefert worden.

[Repräsentantenhaus vom 4. Oct.] Präsident: Amtlich kann ich berichten, daß Jelacic gegen Gyöngy und Raab gerückt ist. Privatnachrichten zufolge soll er schon in Raab sein. Uebrigens sind die Dampfschiffe bei Gyöngy gerettet und nach Comorn gebracht worden. Laut Anzeile des Festungscommandanten von Comorn ist die Festung in einem so guten Vertheidigungszustande, daß weniger als achtzigtausend Soldaten nicht fähig wären, sie zu erstürmen.

Unsere Armee hat sich in drei Theile getheilt; eine ist gegen General Rott zurückgeblieben. Es hat uns aber ein anderer Uebelstand getroffen; unsere Gäste vermehren sich, nämlich die Gefangenen. Vierhundert Gefangene sind schon hier. Neuerdings sind schon wieder tausend vierhundert gefangen worden. Von unserer Armee kann man diesen Gefangenen keine Escorte begeben, sonst würde sie sehr geschwächt werden, darum sind von hier aus Nationalgarden abgeschickt worden, um die Gefangenen zu übernehmen. Da wir aber so viele Menschen umsonst nicht verköstigen können, so hat der Landesvertheidigungsausschuß beschlossen, diese Gefangenen zur Verschanzung Ofend gegen die Wiener Seite zu verwenden. (Beifall.) Jelacic rückt eilig aufwärts, aber die unsrigen nicht minder, zumal sie jetzt einen besseren Weg haben. Unser Armee-Corps war gestern in Biedke. Flüchtet sich Jelacic nach Wien, so kann man ihn freilich nicht erreichen; wendet er sich aber nach Papa, dann wird er vernichtet. — Nach Anzeige des Vicepräsidenten des Oberhauses hat dieses alle Verfügungen des Repräsentantenhauses als die feinsten angenommen, sich mit uns identificirt und zum Landesvertheidigungsausschuß auch vier Mitglieder ernannt, damit unsere Feinde nicht sagen können, daß dieser Ausschuß bloß ein Ausfluß der Minorität war. Die vier Mitglieder sind: Sigm. Perenyi, Gr. Michael Esterhazy, — bei dem Namen Esterhazy muß ich darauf aufmerksam machen, daß Gr. Paul Esterhazy in Comorn die zweckmäßigsten Anstalten getroffen, und daß Fürst Nic. Esterhazy in Dedenburg zur Vertheidigung des Landes Alles aufgeboten hat. Die zwei andern Mitglieder sind Nic. Josica und mein Vater Bazinandy.

Preßburg, 6. Octbr. [Die Flucht der croat. Armee. Vertheidigungs-Maßregeln.] Der gestrige Tag verlief wieder unter den beunruhigendsten Nachrichten

ble theils mehr, theils weniger Glauben verdienen. So viel ist gewiß, daß das auf der Flucht begriffene croatische Truppcorps, bei welchem der Ban selbst sein soll, Raab verlassen und auf der Wiener Straße von beiläufig 26,000 Mann ungarischer Truppen verfolgt, weiter zieht. Auf der Straße von Hochstraß nach Waraschau soll es mit der croatischen Arriere- und unserer aus Husaren bestehenden Avantgarde zu einem Gefechte gekommen sein, wobei die Croaten neuerdings in die Flucht geschlagen wurden. Wäre der Landsturm des Bielefelder Comitates nicht zurück beordert worden und die Comitate Preßburg und Debenburg in Masse aufgestanden, um das croatische Corps zum Stehen zu bringen — so hätte wohl nicht ein Mann desselben die österröische Grenze erreicht. Jellacic soll bereits eine Escaffette nach Bruck abgeordnet haben, um bei der dortigen Eisenbahnverwaltung das Nöthige wegen des Transportes seines Corps nach Wien zu verfügen.

Gestern ist auch der Befehl hier angelangt, zweien Regimenten Cuirassiers, die aus der obren Gegend über hier den Croaten zu Hilfe eilen wollen, den Uebergang über die Donau zu wehren. In Folge dieses Befehles ist die Schiffsbrücke, die gestern Früh schon zum Theile herausgenommen wurde, ganz auszuheben beschloffen worden. Auch erwartete man gestern Abends die Ankunft zweier Divisionen Husaren, welche zur ungarischen Armee zu stoßen bereit sind; sie dürften, wenn sie noch ankommen, dem Croaten-Corps in die Flucht fallen.

Seit drei Tagen fehlen uns alle Nachrichten von Pest und wir haben weder Briefe noch Zeitungen von dort erhalten. Einige Geflüchtete erzählen von einem vollständigen Sieg über die Croaten, und behaupten, daß unserer Armee die feindliche Kriegskasse in die Hände gefallen sei. — Der Agramer Bischof Haulik wirkt, ganz wider die Vermuthung, die man in Ungarn von ihm hegte, den illirischen Bewegungen in seiner Diöcese energisch entgegen. Seminariisten und Geistliche, die sich in illirischen Agitationen hinhinhalten, entfernte er theils, theils ließ er sie gefangen nehmen, oder auf andere Posten versetzen. — An der croatischen Grenze sollen 20,000 Bosniaken stehen, die bereit sind, Croaten im Rücken anzufallen.

Schweiz.

Bern, 4. Oct. [Die Tagfagung.] Von dem Gesandten Oesterreichs ist eine neue Note an den Vorort eingelangt, welche die „wohlbegründete“ Hoffnung ausdrückt, daß „in Folge offener und vertrauensvoller Mittheilung zwischen den eidgenössischen Herren Commissarien und dem Herrn Feldmarschall das erwünschte gute Nachbarverhältniß zwischen dem lombardisch-venetianischen Königreich und Tessin sich unverteuelt wieder herstellen werde.“ — Sie erinnern sich wohl noch der im Monat Juli von der Tagfagung in Folge eingelangter Noten angeordneten Untersuchung über das Verhältniß der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz zu dem ersten Einfall Struvs und Hecker's in Baden. Der Vorort legte damals zwei Actenstücke vor, eine „Instruction“ und ein „Mündschreiben“, welche von dem Centralausschuß der deutschen Vereine in der Schweiz an verschiedene Gesellenvereine geschickt worden waren. Sie waren von Mel datirt und von Becker als Präsident und Hattmer als Secretair unterzeichnet. Aus diesen Actenstücken ging hervor, daß der Verein den Sturz des monarchischen Systems in Deutschland und Deutschlands Umgestaltung in eine Republik zum Zweck hatte. Der Regierungsrath von Bern hatte die Unterzeichner dem Strafrichter übergeben, der nun den genannten Becker zu einem Jahr, Hattmer zu einem halben Jahr Verweisung aus dem Kanton verurtheilt. Auch Posthalter Schüler aus Biel ist wegen Theilnahme an diesen Umtrieben deutscher Republikaner 2 Monate in seinem Amt eingestellt worden. Alle drei sind hier im Kanton eingebürgerte Deutsche. — Der Gesandte Sardinien's ist bei dem Vorort mit einer Reclamation eingekommen, in welcher er die Zurückgabe der Waffen verlangt, welche den Truppen Grifflin's, die bewaffnet die Grenze der Schweiz in Graubünden überschritten, abgenommen worden sind. Da die Tagfagung sich das Recht, über die Waffen zu verfügen, vorbehalten hat, so konnte noch keine definitive Antwort gegeben werden. Aus dem Schreiben selbst geht hervor, daß in Sardinien auf das Eifrigste die Rüstungen betrieben werden. — Uri, Ob- und Nidwalden weigern sich beharrlich, ihre wegen des Sonderbundsprocesses vor das Verhör-ichteramt nach Luzern geforderten Angehörigen auszuliefern. Die Tagfagung wird wohl ihrem Beschlusse Nachdruck verschaffen müssen. Der bekannte Abzberger aus Schwyz, sowie sein Genosse Goldener, sind aus der gleichen Ursache flüchtig geworden. Radeky hat der Regierung von Uri die Anzeige gemacht, daß die Sperre nur gegen Tessin verhängt sei, daß daher Vieh aus Uri rc. passieren könne. — Aus Freiburg vernimmt man, daß mit Ausnahme des Senzenbergs die Majorität der Gemeinde liberalen Männer in die Gemeindebehörden gewählt hat, die trotz des bekannten Circulars des Bischofs den Eid auf die Verfassung geschworen hätten.

Frankreich.

Paris, 4. Octbr. [Die neueste Post aus Italien] meldet, in Genua sei der Volkssturm losgebrochen und am 29. September die Republik proklamirt worden, und der König von Neapel habe die Vermittelung Frankreichs in den sicilischen Angelegenheiten abgewiesen.

[Herr Sabote], bisheriger Vertreter der französischen Republik in Frankfurt, ist hierher zurückgekehrt.

[Die Finanzen.] Die Verzweiflung der hiesigen Kapitalisten wächst mit jedem Tage. Einer derselben, Herr Ch. Debaug, hat ihnen vorausgesagt, daß sich die Staatskasse schwerlich die 300 Millionen verschaffen könne, die ihr für 1848—49, aller unvorhergesehenen Fälle abgerechnet, fehlen, und daß Herr Goudchaux sich gezwungen sehen werde, in England Geld zu borgen; aber auch dieses Anleihen würde nicht ausreichen, und man würde bald zu der verhassten Progressivsteuer seine Zuflucht nehmen müssen. Die jüngsten Beschlüsse des Finanzausschusses, die namentlich an der gestrigen Wörse stark besprochen wurde, erregen daher das größte Aufsehen. Der Finanzausschuß der Nationalversammlung hat nämlich einen Bericht über das abgeänderte Einnahmen- und Ausgaben-Budget für 1848 übergeben. Der für das Jahr eröffnete Gesamtkredit betrug 1,836,849,915 Fr.; die Regierung schlägt vor, ihn auf 1,781,372,486 Fr. herabzusetzen, das Comité aber will ihn auf 1,776,035,277 Fr. ermäßigt wissen. Die Einnahmen sind, die Reserve des Tilgungs-Fonds eingerechnet, auf nur 1,467,662,818 Fr. veranschlagt, so daß das Defizit demnach 300 Millionen übersteigen wird. Die drei abgeschlossenen Anleihen werden dasselbe zwar decken, aber für 1849 wird davon fast nichts übrig bleiben. Bei den Budgets für den Krieg, die Marine und die öffentlichen Arbeiten hat das Finanz-Comité keine Ermäßigung vorgeschlagen; das Kriegs-Budget bleibt demnach auf 432,254,724 Fr. festgesetzt, was fast 208 Millionen mehr beträgt, als im vorigen Jahre. Der Effectiv-Bestand des Heeres wird sich am Schlusse dieses Jahres auf 502,715 Mann und 100,293 Pferde belaufen. Das vom Comité angewandte Ersparungs-System trifft fast ausschließlich den allgemeinen Dienst des Auswärtigen, des Innern und der Justiz. Insbesondere sind die Gehälter der Gesandten sehr bedeutend herabgesetzt worden; so soll künftighin der Gesandte in St. Petersburg 120,000 statt 300,000, in London 150,000 statt 300,000 Fr. beziehen. Auch den Gehalt der Præsecten hat das Comité zum Theil ansehnlich ermäßigt. Die Herren Turr und Rudhomme wollen Frankreich durch Ausgabe von Hypothekenbonds zu 50, 100, 200, 500 und 1000 Fr., denen man Zwangs Cours bewilligen solle, vor einem Bankrott bewahren. Auf diese Weise könne man sich 2 Milliarden verschaffen. Herr Goudchaux bestieg gestern Abend die Tribüne der Nationalversammlung und sagte, die Gährung, die dieser Vorschlag in der Geldwelt hervorgerufen, sei so groß, daß er auf dessen baldige Erlebigung dringen müsse. Die Versammlung hat beschlossen, ihn nächsten Montag zu discutiren.

[Der Finanzminister Goudchaux] hat, wie berichtet wird, folgenden Plan: Die Bank soll beauftragt werden, ihr Kapital um 300 Millionen baar und 600 Millionen Zettel zu erhöhen und eine Hypothekentasse damit zu gründen. Diese Hypothekentasse wird den Grundbesitzern ein Drittel des Tagwerths ihrer Eigenthümer auf 10 Jahre längstens gegen 4 pCt. Zinsen vorschleusen, und von diesen 4 pCt. soll 1 pCt. in die Kasse des Finanzministeriums fließen.

[National-Versammlung.] Sitzung vom 4. Octbr. Die Versammlung schreitet zu der seit einigen Tagen unterbrochenen Verfassungs-Debatte. Sie war bis zum 30. Artikel vorge-rückt, hatte jedoch die Artikel 27 und 28 nochmals an den Verfassungs-Ausschuß zurückgewiesen. Diese beiden Artikel handeln von den Unzulänglichkeiten oder sogenannten Incompatibilitäten, zu denen eine Menge Anträge gestellt worden waren, die alle dem Verfassungs-Ausschuß zur Begutachtung und respective Verschmelzung zugehacht wurden. Martin von Straßburg befragt die Rednerbühne, um diesen Bericht abzusuchen. „Der Ausschuß“ sagt er, „schlägt Ihnen vor, den Artikel 28 also zu fassen: „Zwischen der Eigenschaft eines Volksvertreters und der eines vom Staate bezahlten und nach Willkür absehbaren Beamten herrscht Unverträglichkeit. Kein Mitglied der National-Versammlung kann während der Dauer der Legislatur zu solchen öffentlichen und bezahlten Stellen weder ernannt, noch erhoben werden, welche von dem Chef der Exekutivgewalt vergeben werden. Von dieser Bestimmung sind ausgenommen: 1) die Minister, 2) die Unterstaats-Secretaire, 3) der General-Prokurator des Cassations-Tribunals, 4) der General-Prokurator des Appellhofes, 5) der Seine-Präfect, 6) der Polizei-Präfect von Paris, 7) der Commandeur der National-Garde, 8) die mit diplomatischen Posten beauftragten Repräsentanten.“ Eine lange Discussion entspinnt sich über diese neue Redaction. Endlich wird zum Votum über den Artikel 28, wie er vom Verfassungs-Ausschuß durch Martin vorgelesen worden, geschritten. Zahl der Stimmen: 744; dafür 637; dagegen 107. Der Artikel ist also angenommen. (Bewegung.) Inmitten meldet Marraß das Resultat der Vice-Präsidenten-Wahlen für den October. Es bleiben dieselben Personen. Artikel 29 und 30 (letzterer mit wenigen Veränderungen) waren schon am Freitag angenommen. Artikel 31: „Die Repräsentanten sind stets wieder wählbar.“ Angenommen. Artikel 32: „Die Mitglieder der National-Versammlung sind Vertreter nicht des Departements, das sie wählte, sondern von ganz Frankreich.“ Angenommen. Artikel 33: „Sie können kein imperatives Mandat erhalten.“ Angenommen. Artikel 34: „Die Volksrepräsentanten sind unverleglich. Sie dürfen weder verfolgt, noch angeklagt, noch verurtheilt werden für die Meinungen, die sie im Schoße der National-Versammlung aussprechen.“ Angenommen. Artikel 35: „Sie können in Criminalsachen, nicht verhaftet werden, es sei denn auf frischer That, noch gerichtlich verfolgt, es sei denn mit Genehmigung der Versammlung.“ Die frische That ist sofort der Versammlung zu berichten welche darüber zu entscheiden hat.“ Angenommen mit letzterem Zusatz. Artikel 36: Jeder Volksvertreter erhält eine Entschädigung, auf die er nicht verzichten darf.“ Artikel 37: Die Sitzungen sind öffentlich. Doch kann sich die Versammlung in ein geheimes Comité verwandeln, wenn es die vom Reglement vorgeschriebene Zahl verlangt.“ Angenommen. Artikel 38: „Die Hälfte der Mitglieder und eines darüber sind nöthig zu rechsgültigen Voten.“ Angenommen. Artikel 39 (Dringlichkeits-Erklärungen betreffend) ebenfalls angenommen. Artikel 40 auf morgen verschoben. Die Versammlung geht um 6 Uhr auseinander.

Sitzung vom 5. October. Anfang halb 1 Uhr. Die Versammlung geht zur Berathung des Artikels 43 über, der also lautet: „Das französische Volk überträgt die Exekutivgewalt einem Bürger, der den Titel erhält: „Präsident der Republik.“ (Sabote und Louis Bonaparte sind nicht anwesend.) Levet, unter allgemeiner Aufmerksamkeit: „Mitbürger! Drei Meinungen streiten um die Herrschaft; die eine will den Präsidenten aus dem allgemeinen Stimmrecht, d. h. aus dem Volke hervorgehen lassen, die andere will ihn aus der Nationalversammlung ziehen. Marraß, unterbrechend: „Es handelt sich hier noch nicht um den Wahlmodus, sondern nur um die Wahl einer Exekutivgewalt im Allgemeinen. Bürger Felix Pyat hat das Wort.“ Felix Pyat: „Bürger!“ beginnt er, „ich will gar keinen Präsidenten. (Oh! Oh!) Soll der Staat gut organisiert sein, so muß er sich nach denselben Gesetzen bewegen, wie der menschliche Körper, wie das Individuum. (Oh! Oh!) Den Kopf bildet die gesetzgebende Kammer, der Arm ist die wahre Exekutive und die Beine das eigentliche Ministerium. (Allgemeine Hysterie.) Ein Präsident ist ein gefährlicher zweiter Kopf. Er könne eines Tages zu Euch, dem anderen Kopf, sagen: Ihr seid nur neun Hundertel Theile des Volkes; ich (der Präsident) aus allgemeinem Stimmrecht) bin aber das ganze Volk. Mit demselben Instinkt, mit dem Ihr das Zweikammersystem verworfen, müßt Ihr die Exekutivgewalt nicht aus Euren Händen lassen. Sie gehört Euch und muß in Eurer Mitte bleiben. Ich stimme also gegen das ganze künftige Kapitel des Verfassungsentwurfs.“ b. Tocqueville: Man könne ein Gegner des Zweikammersystems sein und doch für einen Präsidenten stimmen. Die Exekutivgewalt eines Staats müsse einig und stark sein. Der Vergleich des Präsidenten mit einem Doppelkopf sei unsinnig. Der Präsident habe kein Veto. Er könne sich nur in dem Kreise bewegen, der ihm vorgeschrieben. Ein Präsident nach Pyat's Vorschlag, nämlich nur eine Exekutivkommission mit einem Conseil-Präsidenten, wäre nur ein Werkzeug, nur ein zweiter Konvent. Man wolle aber keine Schinderherrschaft, kein 1793 mehr. Die Nationalversammlung habe kein Recht, den Präsidenten der Republik zu wählen. (Mein, Nein! Ja, Ja!) Es wäre dies eine Usurpation. Auf Tocqueville, der im Namen der Verfassungs-Ausschuß-Mehrheit und der Rue de Poitiers dem Volk das Recht vindicirte, den Präsidenten zu wählen, folgte ein Mitglied der Versammlung des Palais National, Namens Parrieu, aus Lyon. Fresneau, ehemaliger Unterpræsident unter Ludwig Philipp's Regierung, bestieg die Rednerbühne. Aber man ruft von allen Bänken: Schluß! Schluß! Auf morgen! Der Berg dagegen: Sprechen! Sprechen! Endlich legt sich der Lärm und Herr Fresneau beginnt mit etwas heiserer Stimme: Der Augenblick sei kritisch. Gefahr drohe. Wenn sie dadurch abgewandt werden könnte, daß man kurzweg einen Präsidenten wählte, so wollte er herzlich gern sagen: wählet ihn. Aber es handle sich nicht um einen bloßen Präsidenten, sondern um die Macht eines Präsidenten (oh! oh! und heftige Unterbrechung). Ja wohl! Aber lesen Sie denn nicht die Departements-Presse... (Zu-mut!) Die Stimme des Redners wird erstickt. Er steigt von der Tribüne herab, die Debatte wird auf morgen verschoben und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

Rußland.

* Warschau, 3. October. [Rebue.] Gestern hielt der Fürst Feldmarschall der bis dahin bei Warschau im Lager liegenden Truppen, welche jetzt in die Winterquartiere entlassen werden, Musterung ab. — Es waren im Ganzen 34,000 Mann, 10,000 Pferde und 212 Geschütze in einer Länge von einer Meile den Festungswerken entlang aufgestellt. —

Lokales und Provinzielles.

R Breslau, 7. Octbr. [Majorwahl und Club des IX. Bürgerwehr-Bataillons.] Unter dem Vor-sitze des Wehrmannes Abel als Wahlcommissarius wurde der Hauptmann der dritten Compagnie, Steiner, schon im ersten Scrutinium mit 94 gegen 69 Stimmen, von denen der frühere Chef, Danke, 59 erhielt, die übrigen sich zer-spalteten, zum Major des Bataillons gewählt. Wenn wir auch dem ehemaligen Vorgesetzten desselben das ehrenvolle Zeugniß geben, daß unter seiner Leitung das Bataillon ein recht braves geworden, so können wir doch nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß Major Steiner mit der ihm innewohnenden Energie den unangenehmen Oppositionsgeist, der in einigen Wehrmännern (nomina sunt odiosa) gegen jede freiere Richtung rege gemacht wird, zu verbannen streben möge; sonst ist Einigkeit unmöglich. — Nach erfolgter Wahl las Wehrmann Seltsam folgende in der Versammlung im Elisabethan entworfene Erklärung gegen das Bürgerwehrgesetz vor:

Hohe Versammlung!

Während der Berathung des Bürgerwehrgesetzes hat sich allgemein die Stimmung der Bürgerwehr in der gesammten Monarchie in zahlreichen Adressen und Protesten gegen dasselbe erhoben. Nichts desto weniger hat es einer hohen Versammlung gefallen, die einzelnen Bestimmungen desselben zu genehmigen. Da sich nun die Majorität der hohen Versammlung in dieser Angelegenheit eben sowohl mit dem von dem Volke in den Märkten errungenen, unveräußerlichen Rechte einer allgemeinen Volksbewaffnung auf Staatskosten und mit freier Wahl der Führer, wie mit dem deutlich ausgesprochenen Willen der Nation in directem Widerspruch befindet; so stellen wir — in der Ueberzeugung, daß die Ausführung dieses Gesetzes Unruhe und Zwiespalt in die Nation werfen und auf unabwendliche Uebelnisse stoßen würde — den bestimmten Antrag:

Eine hohe Versammlung wolle das Gesetz in pleno verwerfen und ein neues auf Grundlage eines aus der Versammlung selbst hervorgegangenen Entwurfs beraten.

und forderte, nachdem sich das Bataillon mit dem Inhalte einverstanden erklärt hatte, zur Unterzeichnung derselben auf.

In der Diskussion wurden nach Verlesung und Genehmigung des letzten Protokoll's die Vertrauensmänner, welche am nächsten Dienstage mit den aus anderen Bataillonsclubs designirten eine Vereinigung derselben zu Stande bringen sollen, gewählt. Die Wahl fiel auf Seltsam, Kügler, Schmidt und Rosenber. Der Protokollführer verlas hierauf ein von Herrn Remberg unterzeichnetes Schreiben, in

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

welchem dieser anfragte: ob alte Wehrmänner, welche stets ihre Schuldigkeit gethan, den Clubzungen beizuhören dürfen. Es schmerzte sie sehr, von den Berathungen ausgeschlossen zu sein; sie geben die Versicherung, daß sie im Falle der Noth gewiß nicht zurückbleiben würden. — Den Statuten gemäß können obgenannte Wehrmänner, die im Bataillonbezirk wohnen, Ehrenmitglieder des Clubs werden, müssen sich jedoch bei speziellen Angelegenheiten enthalten. Die Versammlung beschloß daher, Herrn Remberg zum Besuche ihrer Sitzungen aufzufordern. — Man schritt hierauf zur Wahl des ersten Cassiers an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Danke. Wehrmann Schmidt wurde mit dessen Amte betraut. Der Vorstand brachte alsdann die Einrichtung eines Fragekastens in Anregung. Derselbe ward beschlossen. Einige aus der Versammlung hatten sogleich einen Fragekasten improvisirt und unter den in diesem vorgefundenen Fragen nahmen besonders folgende zwei das Interesse in Anspruch: »Welche Eigenschaften sind bei einem Hauptmann der Bürgerwehr wünschenswerth? Welche Regierungsverfassung ist die beste?« Beide wurden in ziemlich präciser Weise beantwortet. Als die gegenwärtig beste Verfassung wurde die Dessauer genannt — und dies auch speciell nachgewiesen. — Schluß 10 Uhr.

R Breslau, 9. Oct. [Bürgerwehrangelegenheiten.] In der Versammlung der Bürgerwehrdeputirten am 7. d. M. waren nicht 50, sondern 53 Compagnien vertreten. — Gestern um 12 Uhr Mittags sammelten sich, durch Placate und Führer aufgefordert, die einzelnen Compagnien auf ihren Appell-Plätzen zur Unterschrift der »Erklärung« (s. oben) an die Berliner Nationalversammlung. Es ergiebt sich, daß 62 Compagnien, also 9 mehr als am 7. vertreten waren, der Erklärung beigetreten sind, nämlich sämtliche Compagnien der 13 Bürgerwehr-Bataillone, das Freicorps, die Scharfschützen, die Bürger-Grenadiere und die Bürgerschützen. Nicht beigetreten ist die berittene Bürgerwehr und das Studenten-Corps (letzteres ist der Ferien wegen abwesend). — Die vollständige Liste der gegenwärtigen Stabs-Adjutanten besteht aus den Herren Biebrach, Dreinerdorf, Ertel, Falk, Friedländer, Gocht, Hartmann, Höcker, Löwe, Pfänder, Rawicz und Wollheim.

[Zur Charakteristik der preussischen Militär-Verhältnisse*.] In der Nr. 219 der Oder-Zeitung wurde im Interesse des Wohls der Breslauer Bevölkerung die Anzeige gebracht, daß der Lieutenant v. Knorr, Jäger, aufgefordert habe, mit bewaffneter Hand die Kagenmusikanten auseinander zu treiben. Während nun die 70 Jäger, welche in ihrem Plakat sich tadelnd über den durch die angebliehen 131 Jäger verübten Exceß ausgesprochen, auf alle nur mögliche Weise chikanirt und maltirt werden, sind die Letzteren in der Untersuchung völlig freigesprochen worden. Auch ist der Lieutenant v. Knorr, so viel mir bekannt ist, nicht zur Untersuchung gezogen, ebenso wenig hat er es seiner Ehre für angemessen erachtet, sich zu rechtfertigen. Ich fordere daher den Herrn Lieutenant v. Knorr auf, öffentlich zu erklären, ob er jene, in obigem Artikel angeführte Aufforderung zu geschloßen und zum Verbrechen führenden Handlungen, und zwar an den Jäger Müller II. in der II. Compagnie habe ergehen lassen.

Es ist die Pflicht eines jeden gutgesinnten Bürgers den Bestrebungen, welche Anarchie und Zwietracht bezwecken, nach Kräften entgegenzuwirken und sie wenigstens für die Zukunft unmöglich zu machen. Daß die Jäger mit Zustimmung von Vorgesetzten gehandelt haben, dafür noch folgende Beweise.

1) Noch bevor die Kagenmusikanten zum dritten Male vor das Haus des Major v. Firtz gezogen waren, richtete der Fähndrich v. Franken durch ein Fenster der Stube Nr. 31 an die Jäger ungefähr folgende Ansprache: »Ich komme so eben vom Major; die Offiziere sind draußen mit geladenen Pistolen und erwarten, daß die Jäger herauskommen und nicht dulden werden, daß ihrem Major zum dritten Male eine Kagenmusik gebracht wird.«

2) Als die Jäger, welche an der Vertreibung der Kagenmusikanten Theil genommen hatten, aus der Compagnie hervortreten sollten, um zur Untersuchung aufnotirt zu werden, sagte der Lieutenant v. Koppy II. zu seinem Zuge: »Leute, tretet nur vor, wenn Ihr wegen der Prügelei bestraft werdet, geh ich mit Euch in Arrest.«

Diese Herren, welche zu einem Verfahren auffordern und bestimmen, durch welches Breslau leicht der Schaulplatz blutiger Greuel werden konnte, bleiben ungestraft, dagegen sitzt ein unglücklicher Jäger, wegen eines kleinen im trunkenen Zustande verübten Vergehens (er sollte den nächstfolgenden Tag abgehen und hatte vor Freude darüber ein paar Gläser zu viel getrunken) in Schweidnitz, verurtheilt zu elfjähriger Gefängnißstrafe. Friedrich Zippfel.

*) Wir empfehlen den oben stehenden Artikel angelegentlichst der Kenntnisaufnahme des Abgeordneten Brill. Er wird darin die nöthigen Momente zur Beleuchtung der am 2. October abgegebenen und sich auf einen Bericht des Grafen Brandenburg stützenden Erklärung des Ministerii finden. Ann. d. Red.

Breslau, 9. Oktober. [Militairisches.] Nach und zugegangenen Nachrichten stehen folgende Veränderungen bevor: das 2. Bataillon des 22. Regiments (gegenwärtig in Brieg) nach Breslau; die 8. Compagnie des 11. Regiments (gegenwärtig in Reichenbach) nach Breslau; die in Neudorf stationirte mobile Batterie rückt nach Neumarkt ab; das Landwehrbataillon zu Schweidnitz wird auf die Stärke von 600 Mann gebracht. Ein Bataillon der Coseler Garnison wurde am 7. d. Mts. schleunigst auf der Eisenbahn bis an die Grenze bei Oderberg befördert, und zwar mit solcher Eile, daß, wo die Personenzüge nicht ausreichten, vorrätige Viehwagen zum Transport benutzt wurden. Wie wir so eben erfahren, ist Befehl gegeben worden, das VI. Armee-Corps mobil zu machen!

Provincial-Correspondenzen.

Brieg, 3. Oct. Der hiesige Landwehr-Verein, der im fortwährenden Zunehmen begriffen ist, hält jeden Donnerstag Abend eine Sitzung und wird auch an den Sonntagen, wo keine Volksversammlung im Kreise ist, des Nachmittags Sitzungen halten, um den Landeuten die Theilnahme zu ermöglichen. — Eine in Schurgast beabsichtigte Volksversammlung am letzten Sonntage soll von dem dortigen Bürgermeister verhindert worden sein. Es soll dort auch ein Gend'arm einem Vorleser ein Placat weggenommen und es zerrissen haben. — In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde beschlossen, in einer Petition an die Nationalversammlung sich für den Verfassungs-Entwurf der Linken auszusprechen. (Brieg. Samml.)

Rosenberg, 2. Oct. Am 30. September marschirte die bisher hier gewesene Militair-Abtheilung vom 23. Landwehr-Infanterie-Regiment, unter Commando des Premier-Lieutenant Herrn v. Jablonowsky, nach Landsberg ab. — Wir können dieser Abtheilung, und insbesondere ihrem Commandeur und ihren Offizieren, nur noch unsere vollkommene Anerkennung und schuldigsten Dank für ihre Mäßigung und Ruhe bei den Vorfällen am 26. v. M. hier aussprechen, durch welche allein namenloses Unglück von unserer Stadt abgewendet worden. — Am 28. v. M. hielt zu Landsberg der Abgeordnete des Rosenberger Kreises, Herr Minkus, die erste, und am 1. October die zweite Volksversammlung, bei welcher er dem zahlreich versammelten Volke Mittheilung über seine in der Nationalversammlung bisherige Wirksamkeit machte. Bei dieser Gelegenheit constituirte sich auch ein Demokraten-Verein, ebenfalls der erste in unserm Kreise, und wählte zu seinem Präsidenten den Königl. Justizcommissair Herrn Firsch in Landsberg. — Von Seiten der Stadt erhielt Minkus zugleich eine Ehrendeputation, welche ihm im Namen der Bürgerfchaft ihren Dank und Anerkennung für seine bisherige Wirksamkeit und seinem Erscheinen am Orte aussprach. (R. Creutz. Telegr.)

Reiffe. Der Oberschlesische Bürgerfreund bringt unter dem 25. September einen Aufruf an alle Veteranen, welche bis zum Jahr 1815 die Feldzüge mitgemacht haben, einen Verein zu bilden, der den Wahlpruch führen soll: »Mit Gott für Freiheit und Recht!

Insertate.

Bekanntmachung.

Am 11. und 12. October d. J., Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, sollen im Lokale des hiesigen Stadt-Leih-Amtes die bis zum 30. Juni 1847 eingebrachten und nunmehr verfallenen Pfänder, bestehend in Juwelen, Gold, Silber, goldenen und silbernen Uhren, kupfernen, messingnen und zinnernen Gefäßen, Tisch-, Bett- und Leibwäsche, Kleidungsstücke und Betten, öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung in Courant versteigert, auch diese Versteigerung erforderlichen Falls am darauf folgenden Donnerstag den 19. und Mittwoch den 25. October c. fortgesetzt werden, welches, wir unter Einladung der Kauflustigen hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Breslau den 22. August 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Erwiderung.

In Bezug auf den in Nr. 233 der Allgem. Oder-Zeitung, 2te Beilage unter »Reinerz« enthaltenen, aus dem Glaser Volksblatt entnommenen, mich betreffenden Schmäh-Artikel, welcher Lügen und Verleumdungen enthält, sehe ich mich genöthigt, bekannt zu machen, daß ich gegen den Verfasser desselben die gerichtliche Untersuchung bereits eingeleitet habe, wovon ich das Resultat zu seiner Zeit veröffentlichen werde. Reinerz, den 7. October 1848.

Dr. Gottwald.

Die mir in Nr. 236 der Allgemeinen Oderzeitung in den Mund gelegten Worte habe ich nicht gesprochen, und

dies um so weniger, als mir die Gemeinde Herrmannsdorf zu einer solchen Aeußerung keine Veranlassung gegeben hat. Der Schullehrer P. in S.

Der Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine.

Mitbürger!

Wir berufen hiermit unserm Auftrage gemäß den allgemeinen Kongreß der deutschen Demokraten. Die Abgeordneten der Vereine sind eingeladen, am 26. October sich in Berlin einzufinden. Alle Vereine, welche die Durchführung der Demokratie zum Ziele ihrer Thätigkeit machen, sind berechtigt und aufgefordert den Kongreß zu beschicken. Kleinere Vereine, welche nicht im Stande sind, eigne Abgeordnete zu schicken, werden gebeten, ihr Mandat Abgeordneten benachbarter Vereine zu übergeben.

Die Abgeordneten legitimiren sich durch Vollmachten. Berlin, 7. October 1848.

F. Fröbel. H. Krüger. E. Mehen. A. Hegamer. G. Siegmund (Stellvertreter).

Die Bürgerwehr-Clubs

werden ersucht zur Bildung einer Central-Commission, welche heute Dienstag den 10. October, Abends 8 Uhr, im Goldschmidt'schen Parterre-Saal zusammentritt, so viel Deputirte zu senden, als Compagnien im Club vertreten sind. Die Statuten der Clubs müssen mit eingereicht werden.

An milben Beiträgen sind bis zum 20. September bei dem unterzeichneten Vereine eingegangen:

Von einem Ungenannten aus Meisse 5 Mkr., vom Magistrat zu Striegau 31 Mkr., von A. aus Breslau 3 Mkr., von Herrn Hofrath Scheffler zu Berlin 8 Mkr., von Herrn J. D. Vogel in Chemnitz 1 Mkr., von E. v. M. v. B. aus Herrnsdorf 4 Mkr., von Herrn Pastor Hirche zu Hohnsied 1 Mkr., von Veteranen-Verein zu Hohnsied 36 Mkr. 27 Sgr., von G. v. B. zu Breslau 10 Mkr., von Herrn Hofrath Scheffler zu Berlin 5 Mkr., von Herrn Richard Köbler zu Schwusen 1 Mkr., von der Bürgerwehr in Rastlau durch deren Führer Hrn. v. Basse 12 Mkr., vom Hrn. Grafen v. Brzebonowski auf Schüben in Pommern 9 Mkr., aus dem Kreise Neumarkt durch das dasige Königl. Landraths-Amt 55 Mkr. 26 Sgr., von Hrn. Willensfeld zu Breslau 1 Mkr., von Hrn. Grafen Fr. v. Pfeil auf Klein-Elguth 10 Mkr., durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz, vom dem Hrn. Geheim-Rath Meuter zu München; Ertrag einer Sammlung 275 Mkr. und der Erloß einer goldenen Guldigungsmedaille mit 37 Mkr. 15 Sgr., vom dem Hrn. Landrath v. Bernuth zu Lennep; Ertrag einer Sammlung 41 Mkr. 22 Sgr., von Frau Kaufmann Am Ende zu Breslau 5 Mkr., von Herrn Kaufmann zu Breslau 5 Friedrichsd'or oder 28 Mkr. 10 Sgr., von der Bürgerwehr zu Rastlau durch deren Chef, Hrn. v. Basse, das Ertrag einer abermaligen Sammlung 18 Mkr., von dem Comité zur Wüderung des Hofstaates in Oberschlesien durch den Hrn. Ober-Präsidenten der Provinz 500 Mkr., von Herrn Schröder zu Rosenhagen 1 Mkr., von den Gemeinden Grünhau v. b. durch Herrn Pastor Sudow 5 Mkr. 16 Sgr., vom Hrn. Baron v. Bissing auf M. -Faulbrunn 5 Mkr., von Frau Baron v. Bissing 5 Mkr., von einem Ungenannten aus Görlitz 1 Mkr. 7 Sgr. 6 Pf., von Hrn. Bourguin zu Herrnhut 5 Mkr., von Hrn. Fiedler zu Elgotow 2 Mkr., von Hrn. Simmerwahr zu Breslau 2 Mkr., von einem Ungenannten aus Klotz 1 Friedrichsd'or oder 5 Mkr. 20 Sgr., von Herrn v. Randow von hier 3 Mkr., von Frau v. Randow 2 Mkr., vom Herrn Pastor Kirch zu Kladow 1 Mkr., vom Hrn. Domherrn Lebejow auf Kladow 10 Mkr., von einem Ungenannten aus Bunzlau 5 Mkr. und 1 Pader-Kleidungsstücke, von M. G. zu Berlin 1 Mkr., durch den Superintendenten v. Wittig zu Frankburg; Ertrag einer Sammlung 69 Mkr. 15 Sgr., von einem Ungenannten aus Leipzig 4 Mkr., durch Hrn. Pastor Schel hier von 3 Ungenannten 13 Mkr., durch den Hrn. Landrath Robert; Sammlung im Wohlauer Kreise 11 Mkr., durch die Königl. Regierung zu Oppeln; Sammlung aus Mählarisch 1 Mkr. 10 Sgr., von Hrn. Freidiger Gohner aus Berlin 5 Mkr., von den Ortsgewerkschaften zu Seifersdorf, Kreis Liegnitz, 2 Mkr. 15 Sgr., von Hrn. Harter Mertens in Gymnich 4 Mkr., von einem Ungenannten aus Neuhabsleben zur Unterstützung eines armen Lehrers 1 Mkr., von Hrn. Superintendent v. Schubert zu Alten-Kirch auf Hüben 7 Mkr., von den Ortsgewerkschaften zu Peterwitz, Kreis Zauer, 3 Mkr. 20 Sgr., vom Hrn. Geh. J. Rath v. Topolitz zu Posten 2 Friedrichsd'or oder 11 Mkr. 10 Sgr., von den Ortsgewerkschaften zu Hennerdorf, Kreis Zauer, 2 Mkr., durch den Hrn. Inspector Fiedler zu Dirschelsdorf, Kreis Zauer, 4 Mkr. 11 Sgr., vom Magistrat zu Burgsteinsdorf 6 Mkr., von den Ortsgewerkschaften zu Seichau 4 Mkr. 6 Sgr., von einem Katholiken zu Wüthelm 5 Mkr., von dem Hrn. Fürst-Bischof, Freiherrn v. Diepenbrock, 100 Mkr., von Herrn Lorenz zu Gnadenfrei 3 Mkr., von der Bürgermeisterei Gumborn bei Eöln 4 Mkr. 9 Sgr., von den Ortsgewerkschaften zu Lobitz, Kreis Zauer, 25 Sgr. 9 Pf., von den Ortsgewerkschaften zu Alt-Zauer 5 Mkr., von den Ortsgewerkschaften zu Stöhl, Kreis Zauer, 19 Sgr. 10 Pf., von Hrn. Plüme zu Glöben 3 Mkr., von einem Ungenannten aus Breslau 5 Mkr., von J. v. S. zu Berlin 1 Mkr., von Fr. Justizrath Ludwig zu Breslau 3 Mkr., nebst einer Partie Wäsche, von M. v. L. zu Breslau 1 Mkr., von der Bürgermeisterei Sieglar 3 Mkr. 28 Sgr. 10 Pf., von Hrn. D. P. Secretair Eitner zu Lauban 1 Mkr., von der Gemeinde Nieder-Haybau, Kreis Liegnitz, 2 Mkr. 13 Sgr. 5 Pf., von dem Hofrath Bengler zu Peterswaldbau 5 Mkr., von einem Ungenannten 20 Sgr., von einem Ungenannten zu Janderborken 5 Mkr., von der Gemeinde Kunis, Regierungsbezirk Liegnitz, 3 Mkr., vom Magistrat zu Siegburg 2 Mkr., vom Magistrat zu Schuß 13 Sgr. 8 Pf., vom Magistrat zu Sandberg 1 Mkr. 2 Sgr. 6 Pf., vom Magistrat zu Lüdde 9 Mkr. 21 Sgr. 6 Pf., vom Hrn. Baron v. Korf zu Schönbrunn 1 Mkr., von Hrn. Candidat Franz zu Wartenberg 15 Sgr., von der St. Jakob-Gemeinde zu Salsund 2 Mkr., von Hrn. Ober-Berggrath Senft zu Colberg 4 Mkr., von der Gemeinde Wöschhof, Kreis Liegnitz, 2 Mkr., von Fr. v. L. zu Wüsten 10 Mkr., von der Kammerlei zu Bunzig 4 Mkr., von Hrn. Freidiger Kaillard zu Gnadenfrei eine Collecte 6 Mkr. 27 Sgr. 3 Pf., von Fr. Bruns aus Lübeck zu Gnadenfrei; Ertrag einer Gekantausführung 10 Mkr., von Hrn. Archi-Diakonus Haufe zu Schweidnitz 20 Sgr., vom Magistrat zu Winterberg 1 Mkr. 7 Sgr., vom Königl. Amte zu Hünburg, Kreis Jersohn, 15 Mkr., von Hrn. Kreis-Verd. D. Ludwig zu Grimmen 1 Mkr., von Hrn. Kr. Ger. Assessor von Platen daselbst 2 Mkr., von Hrn. Superin-

tendent Bindemann daselbst 1 Ktr., von b. S. zu Kl. Mehso bei Calau 7 Ktr., vom Magistrat zu Sarne 2 Ktr. 13 Sgr., vom Magistrat zu Lippstadt 17 Ktr. 10 Sgr. 6 Pf. und 1 Paket Kleiderstücke. Summa 1537 Ktr. 27 Sgr. 11 Pf.

Indem wir den gütigen Gebern unsern ergebensten Dank sagen, bitten wir, besonders bei der mit dem herannahenden Winter immer größer werdenden Bedrängnis unserer Nothleidenden, unseres Vereins auch ferner wohlwollend gedenken und die uns zugebachten milden Gaben nach wie vor an unsern Schatzmeister, Kaufmann A. Schöler hieselbst, unter dem portofreien Rubro »Angelegenheiten des Central-Vereins zur Unterstützung der Nothleidenden im und am Culengebirge, laut Ordre vom 7. Aug. c. frei« direct, oder an Herrn Kaufmann A. E. Wüthen in Breslau (Karlstraße) gütigst einbringen zu wollen.

Reichenbach, im October 1848.

Das Directorium des Central-Vereins zur Unterstützung der Nothleidenden im und am Culengebirge.

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 1. bis 7. October c. wurden 7470 Personen befördert. Die Einnahme betrug 12,920 Kthlr.

Im Monat September wurden befördert 34,467 Personen, 112,778 Ktr. Güter und eingenommen 52,357 Kthlr. 23 Sgr.

Reiffe-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 1. bis 7. October c. wurden befördert 1199 Personen. Die Einnahme betrug 674 Kthlr.

Im Monat Septbr. wurden befördert 5030 Personen, 7979 Centner Güter und es betrug die Einnahme 2633 Kthlr. 26 Sgr. 10 Pf.

Krausau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 25. Sept. bis 1. Oct. wurden befördert 1406 Personen, 8598 Ktr. Güter und eingenommen 1982 Kthlr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 1. b. bis 7. d. Mts. 3678 Personen befördert. Die Einnahme betrug 3501 Kthlr. 25 Sgr.

Nachweis.

Im Monate August c. fand auf der **Wilhelms-Bahn** folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

8789 Personen für	4084 Kthlr. 23 Sgr. 6 Pf.
Gepäck für	225 = 17 = —
Gunde für	5 = 17 = 6
Verbe und andere Thiere für	151 = 15 = —
Equipagen für	128 = — = —
26,885 Centner Fracht für	2925 = 1 = 5

Gesammt-Einnahme 7520 Kthlr. 14 Sgr. 5 Pf.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich am heutigen Tage meine

Spezerei-Waaren-, Tabak-, Cigarren und Wein-Handlung

verbunden mit

Commissions- und Expeditions-Geschäft

Oblauer-Strasse Nr. 38, zu den 3 Kränzen genannt, eröffnet habe, und werde es mir zur strengsten Pflicht machen, daß mir zu schenkende Vertrauen durch prompte und reelle Bedienung stets zu rechtfertigen.

Breslau, den 9. October 1848.

Carl Brieger.

Theater-Repertoire.

Dienstag, den 10. October. „Martha.“ oder: „Der Markt zu Richmond.“ Oper in 4 Akten. Musik von Flotow. Lady Harriet Durham, Fräul. Gilbert, vom ständ. Theater in Prag.

Mittwoch, den 11. October. Zum ersten Male: „Das Pasquill.“ Schauspiel in 4 Akten von Aug. Fehrn. v. Wallitz.

Section für Obst- und Garten-Kultur.

Mittwoch, den 11. October, Abends 7 Uhr: Berathung und gegenseitige Mittheilung über den Einfluss der Witterung dieses Jahres auf die Kulturpflanzen, mit Berücksichtigung der anderweiten Verhältnisse.

S. Schauer, in Vertretung.

Naturwissenschaftliche Section.

Mittwoch, den 11. October, Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. Fischer: Bemerkungen über die Wirkung der Salzsäure und Oxalsäure auf einzelne Metalle.

Heute Dienstag:

große musikalische Abend-Unterhaltung in der Bähr. Bier-Halle »zur Hoffnung« von Herrn Dreßcher. Anfang 7 Uhr.

Reffource zur Geselligkeit. General-Versammlung

Mittwoch, den 11. October, Abends 7½ Uhr.

Der Vorstand.

Ich wohne Schuhbrücke Nr. 27. Sanitäts-Rath Krocker.

Meine Wohnung ist Antonienstraße Nr. 20, eine Treppe.

Dr. Ed. Meyer, prakt. Arzt und Wundarzt.

Mein Comptoir nebst Wohnung befindet sich von heute ab Carlstraße Nr. 35, 1ste Etage.

Breslau, den 5. October 1848.

Vd. Brinker.

Wegen Uebernahme des Directorats über die Graf Ballesremischen Güter hat unser selbiger Bürgermeister Herr Klaus die Entlassung aus seiner heutigen Stellung nachgesucht, und soll dieses Communal-Amt vom 1. Januar 1849 ab auf 6 hinter einander folgende Jahre anderweitig besetzt werden. Qualifizierte Bewerber um diese Stelle ersuchen wir, sich bis zum Wahltag an uns schriftlich zu wenden. Der Gehalt ist jährlich auf 500 Kthlr. festgesetzt und der Wahltag auf den 26. d. Mts. bestimmt worden.

Dem neu zu wählenden Bürgermeister wird aber die Bedingung gestellt, daß, wenn derselbe durch die neu einzuführende Gewerbe-Ordnung außer Thätigkeit kommen sollte, ihm seine Entschädigung, oder eine daraus herzuleitende Pension gewährt werden kann.

Larnowitz, den 5. October 1848.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Auction. Am 11. d. Mts., Vorm. 9 Uhr, werden in Nr. 42, Breitestraße, Tuch- und Dulschindereie versteigert werden.

Wannig, Auct.-Kommiss.

Buß-Federn

und Blumen für die Winter-Saison in allen Nuancen empfiehlt en gros und en détail:

H. L. Breslauer, Schweidnitzer-Strasse 52, 1. Etage.

Zwei möblirte Zimmer sind sowohl einzeln, als auch zusammen, sofort oder vom 1. November bis billig zu vermieten, das Nähere bei Hamburger, Schweidnitzerstr. 51, Stadt Berlin.

Als besonders billig empfehlen wir für Damen

praktische wollene und halbwollene Stoffe zu Hauskleidern à 2, 2½ u. 3 Ktr.

Schwarze, glanzreiche Walländer Taffie, das Kleid à 7½, 8 bis 10 Ktr.

Orleans (Camotots), die Elle à 6, 7 u. 8 Sgr.

Kleidertaffie in großer Auswahl, die Elle à 2½ u. 3 Sgr.

Batistkleider von 2½ Ktr. ab.

Wollene Umschlagetücher, das Stück von 1 Ktr. ab, bis 4 u. 5 Ktr.

Wiener und französische Umschlagetücher, à 5, 6, 10 bis 15 Ktr.

Fertige Damenmäntel in verschiedenen Wollstoffen von 4 und 5 Ktr. ab.

Fertige Damenmäntel in Seide von 10 u. 12 Ktr. ab.

Kindermäntel in verschiedenen Stoffen und in allen Größen, zu den billigsten Preisen.

Für Herren:

praktische Winter-Westenstoffe, à 10, 12½, 15 u. 20 Sgr.

Elegante Winter-Westenstoffe à 1, 1½, 1½ bis 2 Ktr.

Wollene Schlipse u. Shawls, à 10, 15 u. 20 Sgr.

Seidene Schlipse u. Shawls, von 1 Ktr. ab.

Weiße u. bunte Oberhemden, seidene Hals- und Taschentücher zu ungewöhnlich billigen Preisen bei

Hamburger u. Comp., Schweidnitzerstraße 51 (Stadt Berlin).

Am 3. d. Mts. ist mir vom Postwagen von Breslau nach Posen sämtliches Gepäck entnommen worden. Es befinden sich darunter Papiere und Bücher, die bloß für mich von Werth sind. Sollte Jemand in Besitz dieser Papiere und Bücher gekommen sein, so kann derselbe durch Zusendung derselben unter meiner Adresse sich eine angemessene Belohnung erwerben.

Turwia bei Kosten im Großherzogth. Posen.

Chlapowski.

Mein hiesiges massiv gebautes Ring-Eckhaus, worin bei der außerordentlich vortheilhaften Lage stets Spezereihandel betrieben worden ist, bin ich genehnt, eingetretener Verhältnisse halber zu verkaufen, wobei eine Anzahlung von 2500 Kthlr. genügt. Auch bin ich nicht abgeneigt, es auf einige Jahre zu verpachten.

Lauer, den 7. October 1848.

Friedr. Seidel.

Eine große Drehrolle, neu angefertigt von ganz trockenem Holze, steht Klosterstraße Nr. 67 beim Tischlermeister Peter zum Verkauf.

4 vierchindrige, 3 dreichindrige, 1 achtchindrige Salonlampen von Messing in neuester Façon, noch in sehr gutem Zustande, stehen zu billigem und halbigem Verkaufe im König von Ungarn, Bischofsstraße Nr. 13.

Carl Knappe.

Knabenhüte

in Feltz und Seide, geschmackvoll garnirt, empfiehlt:

H. L. Breslauer, Schweidnitzer-Strasse 52, 1. Etage.

Offene Posten. 6 Jägern, 1 Büchsen-spanner, 1 Brenner, 1 Kellner und mehreren guten Köchinnen weist offene Posten nach das concessionierte Commissions- und Gefinde-Vermietungs-Bureau von E. Berger, Bischofsstraße 7.

Einen Compagnon mit einigen Tausend Thalern weist nach das concessionierte Commissions- und Gefinde-Vermietungs-Bureau von E. Berger, Bischofsstr. Nr. 7.

Heilige Geistsstraße Nr. 21 an der Promenade sind verschiedene Wohnungen zu vermieten. Näheres Sandstraße Nr. 12, 1ste Etage.

So eben erschien bei mir und ist vorrätzig bei **Ferdinand Hirt** in Breslau und Rathenow, in Protoschin bei Stettin:

Die Wünsche und Forderungen der Arbeiter an ihre Arbeitgeber und an den Staat.

Zur Verständigung und Beruhigung Aller allseitig beleuchtet und erläutert von dem Arbeiter **Vincens Veritas.**

10½ Bogen in 8. In Umschlag brochirt. Preis 15 Sgr.

Die endliche glückliche Lösung der so überaus wichtigen und schwierigen Arbeiterfrage war der Zweck, den der Verfasser dieses Schriftchens zu erreichen strebte. Ob und wie ihm das gelungen, darüber möge das Publikum entscheiden, dem wir es hiermit bestens empfohlen haben wollen.

Leipzig, den 20. September 1848.

Heinrich Matthes.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Auf dem Ablagerplatze der hiesigen Coals-Brennerei ist eine bedeutende Quantität zur Vercoakung nicht geeignete Kohlen aus freier Hand zu verkaufen, und wollen daher Käufer, welche zur Abnahme größerer Quantitäten geneigt sind, bei dem Unterzeichneten sich melden.

Breslau, den 7. October 1848.

Der Betriebs-Inspector Ludwig.

Geschäfts-Üebnahme.

Hiermit erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich das unter der Firma **Eduard Heilmann & Co.** hierorts, Oblauer-Str. 56, 57, bestehende

Kurzwaaren-, Papier-, Schreibmaterialien- und Cigarren-Geschäft,

ohne Activa und Passiva, seit dem 15. Septbr. c. käuflich übernommen habe, und dasselbe in dem bisherigen Lokale unter der Firma:

Robert Wetter

fortsetzen werde.

Indem ich ergebenst bitte, daß der früheren Firma geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen, knüpfe ich an diese Bitte die Versicherung, daß es mein eifrigstes Bestreben sein wird, mich desselben durch reelle, prompte Bedienung und billige Preise würdig zu zeigen.

Breslau, den 1. October 1848.

Robert Wetter, Oblauer-Strasse 56, 57, vis-à-vis dem alten Theater.

Der Beckerverein der Maschinen-Bau-Anstalt wünscht 1000 bis 1200 Saad gute Speise-Kartoffeln gegen baare Zahlung zu kaufen, und ersucht Lieferungs-lustige um Angabe des Preises, zu welchem sie den Scheffel, gefüllt in gemessenen, hier in Breslau oder an einem andern Orte liefern würden. Offerten werden bis zum 18. d. Mts. franco in Breslau, Lorenzstraße Nr. 3, erbeten.

Frische böhmische Fasanen,

das Paar 25 Sgr. bis 1 Kthlr. die schönsten, Waldschneppen d. St. 12 Sgr., Kramsvogel a Paar 2½ Sgr., Böhmische Rebhühner zu den billigsten Preisen.

Frische Hasen,

gut gepöckelt, das Stück 12 bis 15 Sgr. die stärksten. Rehtenten, d. St. 25 Sgr. bis 1 Ktr. 5 Sgr. die stärksten, empfiehlt frisch und gut.

Beier, Wildhändler, Kupferhändlerstraße Nr. 16.

Eine junge Dame aus der französischen Schweiz ertheilt gegen sehr billiges Honorar hierorts Stunden in der franz. Sprache und in andern Wissenschaften. Näheres im Commissions-Bureau von E. Berger, Bischofsstr. 7.

Zu vermieten

ist **Matthiasstraße Nr. 77** eine möblirte Vorderwohnung im 2ten Stock an einen oder zwei anständigen Herren.

In den Häusern Mühlgasse Nr. 2 und 3 auf dem Sande ist der erste und zweite Stock, bestehend aus 5 und 6 heizbaren Stuben, Küche, Keller und Bodengelaß, zu vermieten und bald zu beziehen; auch sind daselbst vier Stück Dach- oder Feuerleitern, 45 Sprossen hoch, billig zu verkaufen. Das Nähere in der Mühle beim Müllermeister Rohlsdorf.

In Breslau, Albrechtsstraße Nr. 17, »Stadt Rom«, sind elegante möblirte Zimmer auf Tage, Wochen und Monate im ersten Stock zu vermieten.

Ein möblirtes Zimmer ist zu vermieten Sandstraße Nr. 12, erste Etage.

Ring Nr. 52

ist das bisher von Herrn Em. Hein besessene Handlungslokal, bestehend aus 2 zusammenhängenden geräumigen Gewölben mit der neuen und eleganten Ladeneinrichtung, anderweitig zu vermieten und bald zu beziehen. — Das Nähere bei dem Wirth.

Hôtel garni in Breslau,

Oblauer-Strasse Nr. 75, in den »3 Linden.« sind elegant möblirte Zimmer auf beliebige Zeit zu vermieten bei **M. Sager.**

Cours-Vericht.

Breslau, 9. October 1848.

Geld- und Fonds-Cours.

Holl. Rand-Dulaten	96½ Br.
Kaiserliche dito	96½ Br.
Friedrichsdor	113½ Br.
Louisdor	112½ Gld.
Poln. Courant	94½ Br.
Oesterreichische Banknoten	94 Gld.
Seehandl.-Prämienfcheine	—
Staats-Sch.-Sch. per 100 Kthl.	3½ 73½ Br.
Gr.-Herz. Posener Wsch.	4½ 95½ Br.
dito dito neue	3½ 77½ Br.
Schles. Wsch. a 1000 Kthl.	3½ 90½ Br.
dito dito Litt. B. a 1000 Kthl.	4½ 92½ Br.
dito dito ... 3½ a 1000 Kthl.	81½ Br.
Alte Polnische Pfandbriefe	48 90½ Br.
Neue dito	90½ Br.

Eisenbahn-Wisien.

Breslau-Schweid.-Freib.	4½ 86½ Br.
dito Prior.	4½ —
Ober-Schles. Litt. A.	3½ p. C. 89 Br.
Ober-Schles. Litt. B.	3½ p. C. 89 Br.
Ober-Schles.-Krausauer	40½ Gld.
Niederschlesisch-Märk.	3½ 68½ Br.
dito Ser. III.	5½ —
Sächsisch-Schlesische	—
Friedrich-Wilhelms-Nordbahn	40½ Gld.

Getreide-Markt-Preise.

Breslau, den 9. October 1848.

Sorte	Beste.	Mittel.	Geringe.
Weißer Weizen	64	58	48
Gelber Weizen	61	55	46
Hoggen	37	33	29
Gerste	29	27	25
Safer	18	17	16